

HANS-GEORG GÜNTHER

Die Obliegenheitsordnung im Privatversicherungsrecht

Durch die Untersuchung und Analyse der Obliegenheit im Privatversicherungsrecht soll die Grundlage für die Beantwortung der eigentlichen Untersuchungsfrage geschaffen werden, nämlich ob und inwieweit privatversicherungsrechtliche Denkkategorien bzw. Rechtsinstitute als möglicher Anknüpfungspunkt für die Weiterentwicklung der Dogmatik der Mitwirkung im Sozialversicherungsrecht von Nutzen sein können. Das Versicherungsvertragsgesetz als die wichtigste Rechtsquelle des Privatversicherungsrechts kennt anders als das SGB I keinen verselbständigten Regelungskomplex, der, ähnlich wie die §§ 60 bis 67 SGB I die privatversicherungsrechtlichen Obliegenheiten des Versicherungsnehmers zum Gegenstand hat. Vielmehr sind die privatversicherungsrechtlichen Obliegenheiten über das ganze Versicherungsvertragsgesetz verstreut.¹ Ergänzend hierzu kennt das Privatversicherungsrecht – wie die Regelungen in den §§ 32, 6 Abs. 2 VVG zeigen vertragliche Obliegenheiten. In diesen Normen ist nämlich von Vereinbarungen zum Zwecke der Verminderung der Gefahr sowie zum Zwecke der Verhütung einer Gefahrerhöhung die Rede. Um den Besonderheiten der jeweiligen Versicherungszweige angemessen Rechnung tragen zu können, verwenden die Versicherer allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB), die spezielle Verhaltensregelungen enthalten. Will der Versicherungsnehmer den Versicherungsanspruch nicht verlieren bzw. Leistungsbeschränkungen in Kauf nehmen, muß er diesen Verhaltensanforderungen nachkommen.

Im Rahmen dieser Arbeit sollen nur die Obliegenheiten erörtert werden, die in qualitativer Hinsicht als repräsentativ und damit aussagekräftig für die anzustellende Analyse der privatversicherungsrechtlichen Obliegenheiten gelten können. Bestimmend wird insoweit sein, ob es sich im Hinblick auf den Versicherungsvertrag um elementare Verhaltensweisen handelt.

Jedes Rechtsinstitut – von einem solchen wird man auch im Zusammenhang mit der Obliegenheitsordnung im Privatversicherungsrecht sprechen können – hat eine bestimmte Funktion innerhalb des Regelungskomplexes, in den es hineingestellt ist, zu erfüllen. Nur über eine solche inhaltliche Regelungs- und Funktionsanalyse erscheint es möglich, die Erkenntnisse zu gewinnen, die einen entsprechenden "Rechtsvergleich" erst ermöglichen. Danach wird es für notwendig erachtet,

¹ Beispielsweise §§ 16 bis 22, 23, 33, 34, 62, 71, 93, 111, 121, 122, 153 VVG.

hinsichtlich der beiden Rechtsbereiche – Privatversicherungsrecht einerseits und Sozialversicherungsrecht andererseits – eine strukturelle Vergleichsanalyse durchzuführen.

1. Bestimmung des Begriffs der Obliegenheiten

Der Versicherungsvertrag ist ein gegenseitiger schuldrechtlicher Vertrag, bei dem die Hauptleistungspflicht des Versicherers darin besteht, ein bestimmtes, vertraglich festgelegtes wirtschaftliches Risiko zu übernehmen und dem Versicherungsnehmer für den Fall der Gefahrrealisierung die versprochene Leistung zu gewähren. Dagegen verspricht der Versicherungsnehmer in erster Linie die Zahlung einer dem übernommenen Risiko entsprechenden Prämie. Da es sich bei dem Versicherungsvertrag um ein Rechtsverhältnis handelt, das sich nicht in der einmaligen Leistungserbringung erschöpft, sondern durch ein dauerhaftes Verhalten über einen längeren Zeitraum gekennzeichnet ist,² hat der Versicherer ein legitimes Interesse daran, daß das ursprünglich zugrundegelegte Verhältnis annähernder Gleichwertigkeit beider Leistungen nicht zu seinen Ungunsten verändert wird. Um hier eine gewisse Stabilität zu gewährleisten, werden dem Versicherungsnehmer eine Vielzahl von Verhaltensregelungen auferlegt. Deren Aufgaben bestehen darin, den Versicherungsnehmer im Hinblick auf die versicherte Gefahr in seiner Dispositionsfreiheit zu beschränken. Damit wird dem Versicherer ein Instrument in die Hand gegeben, sich nachträglich von seiner vertraglich übernommenen Leistungspflicht ganz oder teilweise unter bestimmten Voraussetzungen zu befreien, wenn der Versicherungsnehmer gegen die auferlegten "Handlungs-, Duldungs- oder Unterlassungspflichten" verstoßen hat. Danach können ganz allgemein betrachtet diese Verhaltensregelungen rechtstechnisch als Steuerungsmittel im Hinblick auf das risikobezogene Verhalten des Versicherungsnehmers qualifiziert werden. Rechtsdogmatisch wird in diesem Zusammenhang vielfach auch von gesetzlichen oder vertraglichen "Nebenpflichten" gesprochen, da sie außerhalb der im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Hauptleistungen angesiedelt sind. Als Rechtsquelle für solche Verhaltensregelungen kommen das Gesetz, die allgemeinen Versicherungsbedingungen oder Individualvereinbarungen in Betracht.

2. Gegenstand der Obliegenheiten

Eine Definition des Begriffs "Obliegenheiten" enthält das VVG nicht,³ weil der Gesetzgeber es vermeiden wollte, durch eine allzu restriktiv ausfallende gesetzliche Fixierung der Praxis und damit der Entwicklung des Versicherungsrechts den notwendigen Gestaltungsspielraum zu nehmen. Da sowohl die Rechtsprechung als auch die Literatur sich schwer tun, eine einheitliche Terminologie mit der

² KLINGMÜLLER, ERNST: *Einfluß des Verhaltens des Versicherten auf die vertraglich zugesagte Gefahrtragung. Landesreferat Deutschland*, 2. Weltkongreß für Versicherungsrecht, Bd. IV, 1967, S. 75, spricht von einem Dauerschuldverhältnis.

³ KNAPPMANN, ULRICH: *Der praktische Fall im Privatversicherungsrecht*, in: JA 1986, S. 65, 68; SIEG, KARL: *Obliegenheiten und sekundäre Risikobeschränkungen im Versicherungsvertragsrecht*, in: BB 1970, S. 106 ff., 109.

erforderlichen Rechtsklarheit und Rechtsbeständigkeit in dieser Frage zu entwickeln,⁴ hat das zur Folge, daß die Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiet und daher auch das Prozeßrisiko sehr groß ist. Insbesondere bereitet die Abgrenzung zu den sog. Risikobeschränkungen nicht unerhebliche Probleme. Einigkeit besteht darüber, daß der Gegenstand einer "Obliegenheit" nur ein Tun, Dulden oder Unterlassen sein kann, das dem Versicherungsnehmer entweder im Hinblick auf die bestehende Gefahrenlage oder dem Informationsbedürfnis des Versicherers hinsichtlich der Feststellung bzw. Abwicklung des Versicherungsfalles auferlegt ist.⁵ Diese, der "Gefahrenverwaltung"⁶ dienenden Verhaltensregeln leiten ihre sachliche Rechtfertigung unmittelbar aus der Eigenart des Versicherungswesens ab. Aufgrund des Vertragsgegenstandes sowie der oft langfristigen Bindungen, die der Versicherer durch den Versicherungsvertrag eingeht, hat er durchaus ein schutzwürdiges Interesse an risikobegrenzenden und – stabilisierenden Verhaltensweisen des Versicherungsnehmers. Die Abgrenzung zwischen Risikobeschränkungen und Obliegenheiten ist allerdings nach wie vor umstritten.

3. Die sogenannten verhüllten Obliegenheiten

Versicherer können das übernommene Risiko grundsätzlich sowohl durch bestimmte Verhaltenspflichten als auch durch objektive Umschreibung des von ihnen übernommenen Risikos begrenzen. Da in letzterem Fall Zurechnungskriterien wie Verschulden und Kausalität keine Rolle spielen, während Obliegenheitsverletzungen nach den §§ 6, 15 a VVG nicht ohne weiteres sanktioniert werden dürfen, ergibt sich die rechtliche Notwendigkeit, die in objektive Risikobeschränkungen gekleideten Obliegenheiten zu enttarnen, um so dem in § 15 a VVG enthaltenen Normengebot Rechnung tragen zu können.

Der Versicherer kann ein Risiko durch eine positive Gefahrenbeschreibung begrenzen, durch die der Inhalt des Versicherungsvertrages in bezug auf den versicherten Gegenstand, die versicherte Gefahr, das versicherte Interesse und die Begrenzung des Schadens festgelegt werden soll.⁷ Da bei dieser primären Risikobeschreibung der Umfang des Versicherungsschutzes objektiv umschrieben und infolgedessen von einem Verhalten des Versicherungsnehmers abhängig ist, Obliegenheiten aber stets bestimmte Verhaltensweisen des Versicherungsnehmers zum Gegenstand haben,⁸ bereitet hier die Abgrenzung in der Regel keine Probleme.

Dagegen wird von sekundären Risikoausschlüssen immer dann gesprochen, wenn bestimmte Gefahrenumstände, für die eigentlich Versicherungsschutz bestehen würde, durch entsprechende Ausschlußregelungen wieder aus dem Schutzbereich des Versicherungsvertrages herausgenommen werden. Hier handelt es sich insbesondere um Bestimmungen, die den Versicherungsschutz davon abhängig machen, daß der

⁴ SIEG: *Obliegenheiten*, S. 106; 109; PRÖLSS, JÜRGEN: *Verhüllte Obliegenheiten – Bemerkungen zur jüngsten Rechtsprechung*, in: VersR 1967, S. 309 f.; MARTIN, ANTON: *Lage der versicherten Sache am Versicherungsort – eine "verhüllte Obliegenheit"?*, in: VersR 1969, S. 583 ff.; BGH VersR 1985, S. 854; OLG Köln VersR 1966, S. 948 f.; OLG Stuttgart VersR 1964, S. 1094 f.

⁵ SIEG: *Obliegenheiten*, S. 106, 109; KLINGMÜLLER: a.a.O., S. 75.

⁶ BRUCK, ERNST: *Privatversicherungsrecht*, 1930, S. 277.

⁷ SIEG: *Obliegenheiten*, S. 106.

⁸ BISCHOFF, HARALD: *Versichertes Risiko und materielle Obliegenheiten*, in: VersR 1972, S. 799 ff.

Versicherungsnehmer im Umgang mit dem versicherten Gegenstand ein bestimmtes Verhalten an den Tag gelegt hat, also die versicherten Sachen in bestimmter Art und Weise aufbewahrt hat oder bestimmte Vorschriften, beispielsweise im Umgang mit gefährlichen Sachen, beachtet hat. Hier stellt sich zwangsläufig die Frage, ob die in Individualvereinbarungen oder in allgemeinen Versicherungsbestimmungen enthaltenen Regelungen, die ihrem Wortlaut nach in die Form eines Risiko-ausschlusses gekleidet sind, der inhaltlichen Ausgestaltung nach nicht doch eine Obliegenheit darstellen. In diesem Fall spricht man von verhüllten Obliegenheiten.

In der Literatur stellen Bruck/Möller⁹ als Vertreter der sogenannten Verhaltenstheorie das Verhalten des Versicherungsnehmers in den Vordergrund und kommen danach zu dem Ergebnis, daß jede Klausel, die auf das Verhalten des Versicherungsnehmers abstellt, eine Obliegenheit zum Gegenstand hat, auch wenn sie als Risikoausschluß formuliert ist oder im Zusammenhang mit einem solchen steht. Nur dann, wenn das Verhalten des Versicherungsnehmers unmittelbar den Eintritt des Versicherungsfalles nach sich zieht und demzufolge die Gefahrenlage nicht erst auf einem höheren Niveau zur Ruhe gelangt, soll ein Risikoausschluß vorliegen.¹⁰

R. Schmidt¹¹ geht im Grundsatz von der Verhaltenstheorie aus, befürwortet aber unter Berufung auf den Schutzgedanken der Versicherung eine Differenzierung zwischen der Jedermann-Versicherung und den sogenannten gewerblichen Versicherungen. Es fehlen aber positiv-rechtliche Regelungen im VVG, die diese Argumentation letztlich in versicherungsrechtlicher Hinsicht bestätigen. Hübner¹² meint, daß nur dann von einer Obliegenheit gesprochen werden kann, wenn die Klausel vom Versicherungsnehmer ein Verhalten zur Schadensverhütung verlangt, was aber auch nur für Jedermann-Versicherungszweige gelten soll. Wilcke¹³ knüpft in erster Linie an den Wortlaut der entsprechenden Verhaltensregelung an und leitet daraus ab, daß eine Klausel, die als Risikoausschluß formuliert ist, auch rechtlich so behandelt werden muß. Prölss¹⁴ mißt dem Wortlaut der entsprechenden Klausel nur eine indizielle Bedeutung bei und hält die Stellung der Klausel innerhalb der allgemeinen Versicherungsbestimmungen sowie deren Zusammenhang mit dem vom Versicherungsnehmer erwarteten Verhalten für maßgeblich. Schließlich stellt Sieg,¹⁵ sofern der Wortlaut der Klausel für eine Risikobeschränkung spricht, darauf ab, ob die Parteien einen sachlichen Grund hatten, von einer Formulierung als Obliegenheit abzusehen, obwohl der Sache nach ein Verhalten des Versicherungsnehmers in Frage steht. Für den Fall, daß objektiv ein sachlicher Grund nicht festgestellt werden kann, soll die Klausel als Obliegenheitsregelung betrachtet werden.

Die Rechtsprechung des BGH läßt sich auf den Grundgedanken zurückführen, daß die Abgrenzung nicht allein vom Wortlaut oder der Stellung der Klausel innerhalb der

⁹ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 32 Am. 43; § 6, Anm. 13 VVG.

¹⁰ MÖLLER, HANS: *Verhüllte Obliegenheiten*, in: VersRdsch 1970, S. 329 ff., 335.

¹¹ SCHMIDT, REIMER: *Die Verhütung der Gefahrverwirklichung und des Schadens im Versicherungsvertragsrecht*, Teil II, in: ZVersWiss 1968, S. 81 ff., 93, 95.

¹² HÜBNER, ULRICH: *Verhaltensabhängige Risikoausschlüsse und verhüllte Obliegenheiten*, in: VersR 1978, S. 981, 988.

¹³ WILKE, WALTER: *Zur Rechtsnatur der Schweißschadenklausel in der allgemeinen Haftpflichtversicherung*, in: VersR 1969, S. 8, 14 f.

¹⁴ PRÖLLS: *Obliegenheiten*, S. 309 f.

¹⁵ SIEG: *Obliegenheiten*, S. 106, 110.

allgemeinen Versicherungsbedingungen abhängig gemacht werden könne. Vielmehr soll dem materiellen Inhalt der einzelnen Bedingungen maßgebliche Bedeutung zukommen. Dies verlange der Schutzcharakter des § 15 a VVG, wonach bei Obliegenheitsverletzungen nicht von dem gesetzlichen Mindestschutz zum Nachteil des Versicherungsnehmers abgewichen werden darf¹⁶. Eine in Form des Risikoausschlusses gekleidete Obliegenheit nimmt der BGH immer dann an, wenn die Klausel "vorwiegend oder in erster Linie den Versicherungsnehmer zu einem entsprechend sorgfältigen Verhalten bei der Verwaltung der versicherten Gefahr bewegen soll, von dem es abhängt, ob er sich den zugesagten Versicherungsschutz erhält oder ob er ihn verliert." Steht danach die bloße Beschreibung von Gefahrenlagen, für die Versicherungsschutz gewährt oder die vom Versicherungsschutz ausgenommen werden sollen, und nicht ein bestimmtes Verhalten des Versicherungsnehmers im Vordergrund,¹⁷ so handelt es sich um eine Risiko-begrenzung.

Der Rechtsprechung ist insoweit zuzustimmen, als nicht allein die äußere Form der Klausel, d.h. der Wortlaut oder deren systematische Stellung für die Abgrenzung entscheidend sein kann. Dies ergibt sich bereits daraus, daß durch eine entsprechende Formenwahl die in den §§ 6, 15 a VVG getroffenen Regelungen ansonsten umgangen werden könnten.

Die Funktion sekundärer Risikobeschränkungen besteht darin, aus dem Bereich der allgemeinen Gefahrenumstände bestimmte Gefahrenumstände auszuschließen und für diese von vornherein den Versicherungsschutz zu versagen. Dagegen ist für das Vorliegen einer Obliegenheit kennzeichnend, daß die Verwirklichung einer bestimmten Gefahr eigentlich zu dem versicherten Gefahrenkreis gehört, die Leistungspflicht des Versicherers im konkreten Fall jedoch davon abhängig gemacht wird, daß sich der Versicherungsnehmer in bezug auf den Umgang mit der Gefahr oder im Rahmen der Feststellung des Versicherungsfalles in bestimmter Weise verhält oder verhalten hat. Ob nun das eine oder das andere mit der Klausel bezweckt war, muß im Wege der Auslegung ermittelt werden. Während nämlich der Versicherer darum bemüht ist, durch Risikobeschränkungen das von ihm übernommene Risiko zu minimieren, versucht der Versicherungsnehmer, für seine Prämie einen maximalen Versicherungsschutz zu erlangen. Vor diesem Hintergrund muß versucht werden, eine beide Interessen angemessen berücksichtigende sowie die Eigenheiten des jeweiligen Versicherungsverhältnisses beachtende Lösung zu finden.

Welchen Zweck die betreffende Klausel verfolgt, ist einer Interessenabwägung zu entnehmen, die unter Einbeziehung des Inhalts, der systematischen Stellung sowie des Vertragskontextes zu erfolgen hat. Vor diesem Hintergrund ist zum Beispiel § 61 VVG als Risikoaußschlußtatbestand zu interpretieren, da kein vernünftiger Versicherungsnehmer ein berechtigtes Interesse daran haben kann, daß der Versicherer das Risiko einer vorsätzlichen bzw. grob fahrlässigen Herbeiführung des Versicherungsfalles übernimmt. Der Zweck dieser Norm besteht danach von vornherein darin, dieses Verhalten nicht unter Versicherungsschutz zu stellen. Für den Obliegenheitsbegriff bedeutet dies, daß von einer Obliegenheit immer nur dann gesprochen werden kann, wenn vom Versicherungsnehmer ein bestimmtes Verhalten gefordert wird, das

¹⁶ BGH VersR 1979, S. 343 f.; 1980, S. 153 f.; 1985, S. 854 f.

¹⁷ BGH VersR 1977, S. 1142 f.

entweder im Zusammenhang mit der jeweiligen Gefahrenlage oder der Feststellung bzw. Abwicklung des Versicherungsfalles steht und seiner Art nach ein Tun, Dulden oder Unterlassen darstellt. Auf der anderen Seite darf aber auch nicht außer acht gelassen werden, daß nicht jede verhaltensbezogene Vertragsklausel zwingend notwendig eine Obliegenheit darstellen muß. Insoweit ist es im Einzelfall erforderlich, aufgrund einer am jeweiligen Zweck der Klausel orientierten, das versicherungsrechtliche Äquivalenzverhältnis berücksichtigenden Interpretation zu einer interessen-gerechten Abwägung zu gelangen, die anhand einer den Grundsatz von Treu und Glauben berücksichtigenden Folgenbetrachtung zu überprüfen ist.

Inhaltliche Ausgestaltung der Obliegenheitsordnung in Deutschland

Die privatversicherungsrechtlichen Obliegenheiten kann man danach unterscheiden, ob sie auf ein Tun, Dulden oder Unterlassen des Versicherungsnehmers gerichtet sind. Das vom Versicherungsnehmer erwartete Verhalten kann dabei ein einmaliges oder mehrmaliges Handeln¹⁸ oder eine dauernde Verhaltensweise des Versicherungsnehmers – z.B. das Unterlassen gefahrerhöhender Handlungen – zum Gegenstand haben.¹⁹

In funktioneller Hinsicht können drei Hauptgruppen gebildet werden. Einmal kann es als Aufgabe der Obliegenheiten angesehen werden, die Leistungspflicht des Versicherers auf das vertraglich übernommene Risiko zu beschränken. Dazu dienen im wesentlichen die Anzeigepflicht nach §§ 16 ff. VVG, das Verbot gefahrerhöhender Handlungen nach §§ 23 ff. VVG und die sogenannte Rettungspflicht nach § 62 VVG. Darüber hinaus folgt aus den §§ 6 Abs. 2, 32 VVG, daß die allgemeinen Versicherungsbedingungen spezielle, auf das "versicherte Risiko" zugeschnittene vertragliche Obliegenheiten enthalten können, die den besonderen Gegebenheiten bestimmter Risikolagen gerecht werden sollen.

Eine weitere Funktion besteht darin, den Versicherungsnehmer bei Eintritt des Versicherungsfalles zur Kooperation bei dessen Abwicklung zu bewegen.²⁰ Der Versicherer hat nämlich ein schützenswertes Interesse daran, daß er in die Lage versetzt wird, sachgemäße Entscheidungen im Hinblick auf den konkreten Versicherungsfall zu treffen.²¹ Dieses Informationsbedürfnis hat nicht nur der Gesetzgeber in den §§ 34, 171 Abs. 2, 182 VVG als schutzwürdiges Interesse anerkannt, sondern es fand auch in den allgemeinen Versicherungsbedingungen Berücksichtigung. Schließlich gibt es noch Obliegenheiten, die die einseitige Mitteilung eines versicherungserheblichen Sachverhalts zum Gegenstand hat, aber anders als die Auskunft nicht erst durch Frage und entsprechende Mitteilung aktualisiert werden.²² Hierzu ist insbesondere die Anzeige nach § 33 VVG zu zählen. Der sachliche Beweggrund zur Normierung dieser Verhaltensregelung ist im wesentlichen darin zu

¹⁸ Beispielsweise Auskünfte über bestimmte Umstände, die für die Feststellung oder den Umfang der Leistungspflicht von Bedeutung sind.

¹⁹ BRUCK/MÖLLER, a.a.O., § 6 Anm. 24 VVG.

²⁰ WEYERS, HANS-LEO: *Versicherungsvertragsrecht*, 1986, Rdnr. 317.

²¹ PRÖLLS/MARTIN: *Versicherungsvertragsgesetz*, Kommentar, 26. Aufl., 1998, § 33 Anm. 4 V

²² DEUTSCH, ERWIN: *Versicherungsvertragsrecht*, 2. Aufl., 1988, Rdnr. 198.

sehen, den Versicherer von einem Ereignis, das dem ersten Anschein nach seine Leistungspflicht begründet, in Kenntnis zu setzen.²³

Schließlich ist noch zu unterscheiden zwischen Obliegenheiten mit²⁴ und ohne²⁵ gesetzliche Regelung der Verletzungsfolgen.²⁶ Ob der Versicherungsnehmer Rechtsnachteile auch dann erleiden soll, wenn der Vertrag insoweit keine bestimmten Regelungen enthält, ist umstritten.

Soweit der Versicherungsnehmer Erklärungen spontan, z.B. bei Anzeigen nach § 33 VVG, oder auf Verlangen, z.B. bei Auskünften nach § 34 VVG, abgibt, ist das von ihm vorgenommene Tun als eine Wissenserklärung²⁷ zu qualifizieren, die – anders als Willenserklärungen – nicht final auf die Herbeiführung einer Rechtsfolge gerichtet ist, sondern lediglich einen tatsächlichen Erfolg anstreben, so daß man hier auch nur von einer rechtsgeschäftsähnlichen Handlung sprechen kann. Soweit die betreffende Obliegenheitsregelung aber ein Verhalten zum Gegenstand hat, das nicht in der Abgabe einer Wissenserklärung, sondern in einem bloßen Tun, z.B. Handlungen zur Abwendung oder Minderung eines Schadens, oder einem Unterlassen, z.B. der Nichtvornahme gefahrerhöhender Handlungen, besteht, handelt es sich um sogenannte Realakte. Danach sind die privatversicherungsrechtlichen Obliegenheiten im wesentlichen den rechtlichen Handlungsformen der Wissenserklärung sowie des Realaktes zuzuordnen. Daraus ergibt sich aber umgekehrt, daß Willenserklärungen im Bereich der eigentlichen Obliegenheiten, bei denen der tatsächliche Handlungserfolg im Vordergrund steht, keine nennenswerte Funktion haben.

1. Die gesetzlichen Obliegenheiten

Das Gesetz erlegt dem Versicherungsnehmer eine Fülle von Obliegenheiten auf, die entweder vor oder nach dem Eintritt des Versicherungsfalls zu erfüllen sind und die entweder für sämtliche Versicherungszweige oder für alle Zweige der Schadensversicherung oder für einzelne Versicherungszweige gelten.

1. Obliegenheiten vor Vertragsschluß

Das Prinzip der Privatautonomie – basierend auf dem Grundgedanken selbstverantwortlich handelnder Rechtssubjekte, die ihre Rechtsbeziehungen zueinander grundsätzlich in freier Selbstbestimmung regeln – gilt auch im Privatversicherungsrecht. Beim Abschluß des Versicherungsvertrages obliegt dem Versicherungsnehmer die Prüfung, ob der von ihm angestrebte Versicherungsvertrag nach Art und Umfang hinreichenden Schutz vor den ihm drohenden Gefahren im privaten Bereich bietet, während es grundsätzlich zum Verantwortungsbereich des Versicherers gehören würde, sich Klarheit über das zu tragende Risiko zu

²³ PRÖLLS/MARTIN, a.a.O., § 33 Anm. 4 VVG.

²⁴ Lex perfecta.

²⁵ Lex imperfecta.

²⁶ BRUCK/MÖLLER, a.a.O., § 6 Anm. 17 VVG; SIEG, KARL: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, 4. Aufl., 1994, S. 101.

²⁷ SIEG: *Versicherungsvertragsrecht*, S. 100.

verschaffen,²⁸ um so eine gefahrbezogene Prämieeinordnung vornehmen zu können. Entgegen dieser zivilrechtlichen Grundsätzen folgenden Risikoabwägung nach individuellen Verantwortungsbereichen hat das VVG dem Versicherungsnehmer hinsichtlich sog. gefahrerheblicher Umstände eine besondere vorvertragliche Anzeigepflicht in den §§ 16 ff. VVG auferlegt.

Mit der Normierung einer vorvertraglichen Anzeigepflicht verfolgt der Gesetzgeber von Anfang an das Ziel, eine Diskrepanz zwischen vertraglich vorausgesetzter und tatsächlicher Gefahrenlage zu verhindern. Schlägt man die Brücke zu allgemeinen bürgerlich-rechtlichen Instituten, die an die Kenntnis als Regelungsgegenstand anknüpfen, drängt sich der Vergleich zu den Instituten der arglistigen Täuschung und des Irrtums auf.²⁹ Diese Parallele liegt deshalb nahe, weil die für die Beurteilung der Gefahrenlage erheblichen, aber seitens des Versicherungsnehmers unterlassenen Angaben unter dem Gesichtspunkt der arglistigen Täuschung oder des rechtserheblichen Motivirrtums Bedeutung erlangen können. Jedoch soll durch die §§ 16 ff. VVG den versicherungsrechtlichen Besonderheiten besser Geltung verschafft werden, als dies nach den §§ 119, 123 BGB der Fall wäre.

Unter Berücksichtigung der besonderen Interessenlage ist der Normzweck der vorvertraglichen Mitwirkung zum einen in der insoweit berechtigten Einschränkung der Privatautonomie des Versicherungsnehmers und zum anderen in der Herstellung einer angemessenen Risikoverteilung hinsichtlich der entscheidungserheblichen Fakten zu sehen, die als Grundlage für den Vertragsschluß dienen.

a) Der Tatbestand

Nach § 1 VVG besteht die Leistung des Versicherers darin, dem Versicherungsnehmer ein gewisses wirtschaftliches Risiko abzunehmen,³⁰ wobei unter Risiko die Gefahr zu verstehen ist, daß ein Schaden eintritt.³¹ Die Anzeige nach §§ 16, 17 VVG muß sich inhaltlich auf solche Umstände beziehen, die für den Vertragsabschluß und damit die Übernahme der Gefahr erheblich sind. Von dem Begriff der "Gefahr" ist der des "versicherten Interesses" zu unterscheiden. Letzterer umschreibt im Privatversicherungsrecht die wirtschaftliche Beziehung zu einem Gegenstand, vor deren Beeinträchtigung der Versicherungsnehmer sich schützen will.³²

Die für die Beurteilung der Gefahrenlage bedeutsamen objektiven Umstände sind physische und psychische Vorgänge, Tatsachen oder Zustände",³³ die vom Verhalten des Versicherungsnehmers und damit von seinem Willen unabhängig sind.³⁴ Im

²⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 16 Anm. 4 VVG; RÖHR, WOLFGANG: *Die vorvertragliche Anzeigepflicht*, 1980, S. 40.

²⁹ SCHMIDT, REINER: *Einfluß des Verhaltens des Versicherten auf die vertraglich zugesagte Gefahrtragung*, in: Zweiter Weltkongreß für Versicherungsrecht, 1967, Bd. IV, S. 13 ff., 15, sieht in den §§ 16 ff. VVG sogar *leges speciales* im Verhältnis zu den §§ 119 ff. BGB, was aber wegen § 22 VVG nicht unbedenklich erscheint.

³⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 1 Anm. 44 VVG; WEYERS: *Versicherungsvertragsrecht*, Rdnr. 21.

³¹ WEYERS: *Versicherungsvertragsrecht*, Rdnr. 485.

³² WEYERS: *Versicherungsvertragsrecht*, Rdnr. 26, S. 28.

³³ EHRENBURG: S. 73; KISCH: *Handbuch des Privatversicherungsrechts*, Bd. 2, S. 194.

³⁴ Beispielsweise schicksalhafte Krankheiten, das Alter des Versicherungsnehmers oder die Absicht eines Dritten, ihm zu schaden.

Gegensatz dazu ist für die subjektiven Umstände ein vom Willen des Versicherungsnehmers getragenes bzw. beeinflusstes Verhalten kennzeichnend.³⁵ Da es sich bei der Privatversicherung um eine Individualversicherung handelt, sind nur diejenigen Gefahrenumstände relevant, die gerade der individuellen Risikosphäre anhaften. Davon müssen all diejenigen Gegebenheiten unterschieden werden, die einer Risikogruppe als solcher eigentümlich sind – sei es aus statistischen Gründen, sei es aufgrund von Erfahrungswerten oder aus Gründen, die in der Natur der Sache liegen – so daß der Versicherer hier generell davon ausgehen kann, daß diese Umstände auch in der Person des potentiellen Versicherungsnehmers liegen. Da den Versicherer hinsichtlich dieser Umstände eine Kenntnisvermutung trifft, wird insoweit eine Anzeigepflicht verneint.³⁶

Je nach der Nähe der Umstände zur konkreten Gefahrenlage lassen sich unmittelbare und mittelbare Gefahrenumstände unterscheiden. Von ersteren spricht man immer dann, wenn sie direkten – kausalen – Einfluß auf die Gefahrenlage haben, während mittelbare – indizierende – Gefahrenumstände lediglich gewisse Rückschlüsse auf das Vorliegen der die Gefahrenlage direkt beeinflussenden Umstände zulassen.³⁷

Nach dem Wortlaut des § 16 Abs. 1 VVG hat der Versicherungsnehmer nur die "ihm bekannten Umstände" anzuzeigen. Bekannt sind in diesem Sinne nur solche Umstände, deren sich der Versicherungsnehmer bewußt geworden ist.³⁸ Umstände, die der Versicherungsnehmer einmal gekannt hat, die seinem Gedächtnis inzwischen aber wieder entfallen sind, kennt er damit nicht. Ein bloßes Kennenmüssen reicht nicht aus. Die Aufklärungspflicht beschränkt sich somit darauf, den Versicherungsnehmer zu vollständigen und richtigen Angaben zu veranlassen. Insofern wird dem Versicherungsnehmer keine Erkundigungspflicht auferlegt.³⁹ Die herrschende Meinung verlangt kein aktuell präsentenes Wissen, sondern läßt ein jederzeit aktualisierbares Wissen ausreichen.⁴⁰ Zu diesem Wissen werden alle diejenigen Gefahrenumstände gerechnet, die dem Versicherungsnehmer bei gehöriger Anstrengung seines Gewissens bewußt werden können. Die für die konkrete Gefahrenlage erheblichen Umstände können verschuldet oder unverschuldet sein und in zeitlicher Hinsicht die Vergangenheit, die Gegenwart oder die Zukunft betreffen. Von vertragsgefährlichen Umständen sprechen Rechtsprechung⁴¹ und Schrifttum⁴² im Hinblick darauf, daß der Abschluß eines Versicherungsvertrags dem Versicherungsnehmer die Möglichkeit eröffnet, den Versicherer unberechtigterweise in Anspruch zu nehmen. Damit realisiert sich eine Gefahr, die allein an das Bestehen eines Versicherungsvertrages anknüpft. So ist nach Ansicht des OLG Saarbrücken⁴³ die

³⁵ Beispielsweise die Schädigungs-, Verletzungs- oder Selbstmordabsicht des Versicherungsnehmers.

³⁶ SCHNEIDER, BRUNO PAUL: *Die versicherungsrechtliche Erfassung der Gefahreratsachen nach schweizerischem und deutschem Recht*, 1971, S. 30.

³⁷ KISCH: a.a.O., S. 201.

³⁸ OLG Oldenburg, Urteil vom 16.01.1991, NJW-RR 1991, S. 1185 f.

³⁹ BGH VersR 1982, S. 182 f.; 87, S. 97 f.

⁴⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 16 Anm. 32 VVG; BRUCK: *Privatversicherungsrecht*, S. 189.

⁴¹ BGH VersR 1977, S. 660 f.; OLG Hamm VersR 1981, S. 153; OLG Saarbrücken, VersR 1987, S. 98 f.

⁴² BRUCK/MÖLLER: § 16 Anm. 17 VVG; Röhr a.a.O., S. 76; PRÖLSS/MARTIN: §§ 16, 17 Anm. 1 b VVG; EICHLER: a.a.O., S. 172; SIEG: Lb, S. 126.

⁴³ OLG Saarbrücken, VersR 1987, S. 98 f.

Nichtangabe weiterer Versicherungen ein "vertragsgefährlicher Umstand", da hierin ein Indiz dafür zu sehen sei, daß der Versicherungsnehmer tendenziell zur Vortäuschung eines Versicherungsfalles bereit ist. Überwiegend wird bejaht, daß auch die sogenannte Vertragsgefahr von den §§ 16 und 17 VVG erfaßt sein soll.

Das Gesetz beschränkt die Anzeigepflicht auf die Umstände, die für die Gefahrübernahme erheblich sind. Dies ist explizit so in § 16 Abs. 1 Satz 1 VVG geregelt. Man kann daher auch von einer normimmanenten Beschränkung des konkreten Umfangs anzeigepflichtiger Sachverhalte sprechen. Erheblich sind nach § 16 Abs. 1 Satz 2 VVG all diejenigen Gefahrenumstände, die "geeignet" sind, den Entschluß des Versicherers, den Vertrag überhaupt oder zu dem vereinbarten Inhalt abzuschließen, zu beeinflussen.

Nach der überwiegenden Meinung im Schrifttum⁴⁴ soll insoweit nicht die subjektive Vorstellung des Versicherers entscheidend sein, sondern den programmatischen Festlegungen sachgemäßer Versicherungstechnik die maßgebende Beurteilungsrelevanz zukommen.⁴⁵ Dafür spricht sowohl das Argument der Rechtseinheitlichkeit als auch das der Rechtssicherheit. Bei Zugrundelegung eines objektiven Maßstabes wird der Versicherungsnehmer eher in der Lage sein, die nach der Verkehrsanschauung erheblichen Umstände festzustellen und sie dem Versicherer anzuzeigen.

Auf der anderen Seite können Umstände, die für einen vorsichtigen Versicherer noch erheblich sein können, für einen kulanteren Versicherer oftmals ohne Bedeutung sein.⁴⁶ In diesem Zusammenhang dürfen auch wirtschaftliche Aspekte nicht völlig außer acht gelassen werden. Danach wird es oftmals so sein, daß sich die Gefahrengemeinschaft eines vorsichtigen Versicherers in der Regel auf sogenannten guten Risiken zusammensetzen wird. Die Folge davon wird in wirtschaftlicher Hinsicht ein günstigeres Prämiengefüge sein. Der Begriff der "Erforderlichkeit" ist daher vor dem Hintergrund des Spannungsverhältnisses dieser widerstreitenden Interessen zu interpretieren. Daher muß versucht werden, eine diese Umstände berücksichtigende interessengerechte und praxisorientierte Lösung anzustreben.

Der Versicherer verpflichtet sich in dem Versicherungsvertrag dazu, dem Versicherungsnehmer ein bestimmtes wirtschaftliches Risiko – beispielsweise die im Zusammenhang mit einer Krankheit oder einem Unfall auftretenden finanziellen Belastungen – abzunehmen⁴⁷, d.h. er muß in der Regel im Versicherungsfall eine bestimmte Geldleistung erbringen. Wer aber bestimmte Risiken übernimmt, muß vorher über die jeweils zugrundeliegende Gefahrenlage möglichst genau informiert sein, um die Wahrscheinlichkeit des Risikoeintritts und damit die konkrete Gefahr des Leistungsfalles beurteilen zu können. Daher würde ein Maßstab, der Gefahrenumstände allgemein als erheblich oder als unerheblich einstuft, dem Interesse des Versicherungsnehmers am besten gerecht werden.

⁴⁴ EICHLER, HERMANN: *Versicherungsrecht*, 2. Aufl., 1976, S. 170; KISCH: *Handbuch des Privatrechts*, S. 213 ff.; LORENZ-LIBURNAU: *Leitfaden des österreichischen Allgemeinen Versicherungsrechts*, in: *VersRdSch* 1975, S. 199 ff., 208; Staats: *Risikobegrenzung im anglo-amerikanischen Versicherungsvertragsrecht*, insbesondere die Institute "exclusion", "exaption", "misrepresentation", "Non-disclosure", "condition" und "warranty" in rechtsvergleichender Sicht, in: *ZVersWiss*, Bd. 63, S. 522 ff.; RITTER-ABRAHAM: *Das Recht der Seeversicherung*, 2. Aufl., 1967, § 19 Anm. 25, S. 333.

⁴⁵ BRUCK: a.a.O., S. 186.

⁴⁶ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 16 Anm. 25 VVG.

⁴⁷ WEYERS: a.a.O., Rdnr. 376.

Hier bietet sich eine vermittelnde Lösung an, die objektive und subjektive Gesichtspunkte miteinander verbindet, um auf diesem Wege einen, dem Zweck der vorvertraglichen Anzeigepflicht gerechtfertigenden Interessenausgleich zu erzielen. Da es der Versicherer ist, der das Risiko bewertet und davon seine Entscheidung abhängig macht, sollte er grundsätzlich auch berechtigt sein, den von ihm als notwendig erachteten Informationsbedarf zu bestimmen. Um allerdings auch dem Interesse des Versicherungsnehmers zu genügen, muß die Bestimmung des Informationsbedarfs objektiviert werden. Diese Objektivierung muß in der Weise erfolgen, daß vom Standpunkt eines sorgfältig handelnden Versicherers aus beurteilt werden muß, ob er hinsichtlich der konkret in Frage stehenden Gefahrenumstände auch einen Informationsbedarf bejahen hätte.

Nach § 16 Abs. 1 Satz 1 VVG hat der Versicherungsnehmer die gefahrerheblichen Umstände "bei der Schließung des Vertrages" anzuzeigen. Spätestmöglicher Zeitpunkt zur Erfüllung der Anzeigepflicht nach § 16 VVG ist der Vertragsschluß im rechtlichen Sinn, der mit dem Zugang der Annahmeerklärung des Versicherers beim Versicherungsnehmer erfolgt. Erfährt der Versicherungsnehmer nach Ausfüllung des Fragebogens noch neue gefahrerhebliche Umstände, so muß er seine Anzeigen ergänzen.⁴⁸ Einige sehen hierin einen Anwendungsfall der Lehre vom Verschulden bei Vertragsschluß, andere einen Unterfall der Geschäftsgrundlage. Die vorvertragliche Anzeigepflicht bringt insoweit eine Spezialregelung, welche die Anwendung des allgemeinen Zivilrechts ausschließt.⁴⁹

Soweit der Versicherungsnehmer erst nach dem formellen Vertragsschluß Kenntnis vom Vorliegen eines gefahrerheblichen Umstandes erhält, ist diese Kenntnis sowohl im Hinblick auf die vorvertragliche Anzeigepflicht als auch im Hinblick auf die Gefahrerhöhung nach § 23 VVG rechtlich unerheblich, da die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses objektiv bestehenden Gefahrenumstände zu keiner Gefahrerhöhung führen können.⁵⁰ Zu denken wäre hier allenfalls an eine, sich aus dem Versicherungsvertrag nach § 242 BGB ergebende, sogenannte ungeschriebene Auskunftspflicht, da der Versicherer ein legitimes Interesse daran hat, auch über die unbekannten, später aber bekannt werdenden Umstände informiert zu werden.

Anzeigepflichtig ist der Versicherungsnehmer; daneben gelten die allgemeinen Grundsätze über die Verantwortlichkeit für Dritte, speziell bei Wissenserklärungen. § 19 VVG⁵¹ behandelt den Fall, daß der Versicherungsvertrag von einem Bevollmächtigten oder einem Vertreter ohne Vertretungsmacht geschlossen wird. Von § 166 Abs. 1 BGB unterscheidet sich die Vorschrift dadurch, daß es nicht nur auf Kenntnis bzw. Kennenmüssen des Vertreters, sondern auch des Versicherungsnehmers ankommt. Für gesetzliche Vertreter bleibt es auch im Versicherungsvertragsrecht bei §

⁴⁸ Reichsgericht, Urteil vom 10.11.1931, in: RGZ Bd. 134, S. 152; vgl. § 29 a VVG.

⁴⁹ SIEG: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, S. 130 f.

⁵⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 16 Anm. 8 VVG; EHRENZWEIG, ALBERT: *Deutsches (österreichisches) Versicherungsvertragsrecht*, Wien 1952, S. 84; RITTER-ABRAHAM: a.a.O., § 19 Anm. 52; RÖHR: a.a.O., S. 157.

⁵¹ "Wird der Vertrag von einem Bevollmächtigten oder von einem Vertreter ohne Vertretungsmacht geschlossen, so kommt für das Rücktrittsrecht des Versicherers nicht nur die Kenntnis und die Arglist des Vertreters, sondern auch die Kenntnis und die Arglist des Versicherungsnehmers in Betracht. Der Versicherungsnehmer kann sich darauf, daß die Anzeige eines erheblichen Umstandes ohne Verschulden unterblieben oder unrichtig gemacht ist, nur berufen, wenn weder dem Vertreter noch ihm selbst ein Verschulden zur Last fällt."

166 Abs. 1 BGB. Anzeigempfänger ist der Versicherer, wobei empfangsbevollmächtigt in Anwendung des § 43 Ziffer 1, 2 VVG neben dem Abschlußagenten auch der bloße Vermittlungsagent ist.⁵²

Die vorvertragliche Anzeigepflicht ist eine bloße Wissenserklärung, die die Mitteilung eines bestimmten Sachverhaltes, nämlich die Bezeichnung der gefahrerheblichen Umstände, zum Gegenstand hat.⁵³ Daß für die Anzeige der Grundsatz der Formfreiheit⁵⁴ gilt, ergibt sich zum einen aus § 16 Abs. 1 Satz 1 VVG, der keine bestimmte Form vorschreibt, zum anderen aber auch aus einem *argumentum e contrario* zu der in § 33 a Satz 2 VVG getroffenen Regelung, die eine Schriftformvereinbarung ausdrücklich zuläßt.

b) Die Verletzung

Die objektiven Verletzungsformen sind quantitative Mitwirkungsdefizite in Form der Nichtanzeige gemäß § 16 Abs. 2 VVG, und qualitative Mitwirkungsdefizite, die bei der Falschanzeige gemäß § 17 Abs. 1 VVG vorliegen. Beide Fälle werden im Ergebnis gleich behandelt. Hat ein Versicherer unklare Fragen gestellt, so fehlt es möglicherweise schon an einer objektiven Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht, desgleichen falls ein Versicherungsagent im Rahmen seiner Vertrauensstellung eine auslegungsbedürftige Frage in bestimmter Weise erläutert. Nur aus dem Zusammenhang kann beurteilt werden, welche Bedeutung einem Strich zukommt, den der Versicherungsnehmer gemacht hat; in der Regel bedeutet er eine Verneinung, was manchmal der Fragebogen klarstellt. Der Versicherer muß die objektive Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht beweisen; allerdings obliegt es wegen der negativen Fassung der §§ 16 Abs. 3, 17 Abs. 2 VVG dem Versicherungsnehmer, darzutun, daß der Versicherer den nicht oder falsch angezeigten Umstand kannte.⁵⁵

Aus der in § 16 Abs. 3 VVG getroffenen Regelung folgt, daß eine objektive Anzeigepflichtverletzung unter anderem dann sanktionslos bleibt, wenn die Anzeige ohne Verschulden des Versicherungsnehmers unterblieben ist. Unter Verschulden ist eine Verhaltensweise zu verstehen, die dem Versicherungsnehmer zum Vorwurf gemacht werden kann. Das bedeutet, daß dem Versicherungsnehmer nur dann aus seinem Verhalten Nachteile erwachsen sollen, wenn er für dieses Verhalten zur Verantwortung gezogen, ihm also die Schädigung des Versicherers zugerechnet werden kann.

Genau dieselbe Funktion, nämlich die Beschränkung der Einstandspflicht für schädigende Ereignisse hat der Verschuldensbegriff auch im bürgerlichen Recht⁵⁶. Daher erscheint es auch berechtigt, den bürgerlich-rechtlichen Verschuldensbegriff auf das Privatversicherungsrecht zu übertragen. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß der Schutzbereich der Versicherung in unzulässiger Weise eingengt werden würde.⁵⁷ Der Versicherungsnehmer muß also zunächst die Fähigkeit besitzen, das Unrecht seiner

⁵² SIEG: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, S. 130.

⁵³ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 16 Anm. 5 VVG; PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 16, 17 Anm. 7 VVG.

⁵⁴ HOFMANN, EDGAR: *Privatversicherungsrecht*, 4. Aufl., 1998, Kap. 2.3.1.2.

⁵⁵ SIEG: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, S. 132.

⁵⁶ PRÖLSS/MARTIN, a.a.O., § 6 Anm. 12 m.w.N.

⁵⁷ BGH VersR 1960, S. 626.

Handlung und damit die Verpflichtung, in irgendeiner Weise für die Folgen seiner Handlung selbst eintreten zu müssen, zu erkennen und damit schuldfähig sein.⁵⁸

Vorsätzlich handelt, wer die Obliegenheitsverletzung kennt und will und im Bewußtsein der Existenz einer Verhaltensnorm handelt.⁵⁹ Ausreichend ist aber auch hier, daß der Versicherungsnehmer den als möglich erkannten rechtswidrigen Erfolg billigend in Kauf nimmt.⁶⁰ Dagegen handelt fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt, § 276 Abs. 1 Satz 2 BGB. Von grober Fahrlässigkeit wird dabei stets dann gesprochen, wenn gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in besonders hohem Maße verstoßen wurde, also etwas nicht beachtet wird, was im konkreten Fall jedem hätte einleuchten müssen.⁶¹ Im Rahmen der Fahrlässigkeitsprüfung ist ein Maßstab anzulegen, der gerade das zum Inhalt hat, was in der jeweiligen Gruppe von Versicherungsnehmern, denen auch der betroffene Versicherungsnehmer angehört, geboten erscheint.⁶² Auch der BGH⁶³ läßt nunmehr subjektive, in der Individualität des Handelnden begründete Umstände einfließen, betont aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Würdigung der besonderen Umstände des Einzelfalles.

Zeigt sich somit, daß der Maßstab des Verschuldens kein anderer als der im Zivilrecht ist, bleibt nur noch zu klären, welcher Verschuldensgrad gilt. Der Wortlaut der §§ 16 und 17 VVG enthält keine Einschränkung des Verschuldensmaßstabs auf Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit, weshalb auch im Falle eines bloß leicht fahrlässigen Handelns dem Versicherungsnehmer ein Schuldvorwurf zu machen wäre. Im Rahmen von § 16 Abs. 1 VVG hat er von vornherein seine Sorgfalt darauf zu richten, alle ihm bekannten Umstände anzuzeigen, während sich im Rahmen von § 18 VVG die Sorgfaltspflicht zunächst nur auf die Beantwortung der gestellten Fragen bezieht. Hinsichtlich solcher Umstände, nach denen nicht ausdrücklich gefragt wurde, kann ihm ein Schuldvorwurf daher nur dann gemacht werden, wenn er erkannt hat, daß der Versicherer auch bestimmten, nicht ausdrücklich nachgefragten Umständen Bedeutung beimißt, und der Versicherungsnehmer diese ihm bekannten Umstände bewußt verschwiegen hat. Damit vergleichbar ist die Sachlage, daß sich der Versicherungsnehmer nach § 16 Abs. 2 Satz 2 VVG der Erkenntnis gefahrerheblicher Umstände verschließt.

2. Obliegenheiten zwischen Vertragsschluß und Versicherungsfall

Während die vorvertragliche Anzeigepflicht dafür sorgt, daß der Versicherer das Risiko bei Vertragsschluß richtig beurteilt und einstuft, haben alle Rechtssätze, welche die Gefahrerhöhung betreffen, den Zweck, nachträglich ungünstige – da eine Veränderung der Geschäftsgrundlage bedeutende – Änderungen der Gefahrenlage zu berücksichtigen. Die Regelung der gesetzlichen Obliegenheiten in den §§ 20 bis 30, 34

⁵⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 16 Anm. 44 VVG; RÖHR: a.a.O., S. 161.

⁵⁹ BGH VersR 1958, S. 389 f; VersR 1967, S. 542 f.; VersR 1969, S. 1107 f..

⁶⁰ PALANDT-HEINRICHS: § 276 Anm. 3a m.w.N.

⁶¹ BGH VersR 1957, S. 353 f.; VersR 1960, S. 626; WM 1983, S. 1009, 1011.

⁶² BRUCK/MÖLLER, a.a.O., § 6 Anm. 29 VVG; RÖHR: a.a.O., S. 162.

⁶³ BGH VersR 1968, S. 738, 739; VersR 1969, S. 848; VersR 1981, S. 948, 950.

a, 40 Abs. 1 und 42 VVG wird ergänzt durch vertragliche vorbeugende Obliegenheiten, auf die sich die §§ 6 Abs. 1 und 2, 15 a und 32 VVG beziehen.

Ziel der in den §§ 23 ff. VVG enthaltenen Vorschriften ist es, die beim Vertragsschluß bestehende Äquivalenz für den Zeitraum der Dauer des Versicherungsvertrags aufrechtzuerhalten.⁶⁴ Das dem Vertragsschluß zugrundegelegte Versicherungsrisiko soll also nicht nachträglich zu Ungunsten des Versicherers geändert werden können. Der Gesetzgeber versucht dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß er vom Versicherungsnehmer ein Verhalten erwartet, das darauf gerichtet ist, Änderungen der bei Vertragsschluß tatsächlich vorhandenen gefahrenerheblichen Umstände zu vermeiden. Die innere Rechtfertigung folgt in erster Linie aus dem Wesen der Gefahrengemeinschaft, die davor geschützt werden muß, daß einzelne Versicherungsnehmer sich Sondervorteile auf Kosten der Gemeinschaft verschaffen.⁶⁵ Darüber hinaus verfolgen die §§ 23 ff. VVG auch den Zweck, den Versicherer davon zu entlasten, schon vor Vertragsschluß generell alle Möglichkeiten von Gefahrerhöhungen auf der Grundlage einer ex ante-Prognose einzuplanen, was konsequenterweise erhöhte Prämien zur Folge haben würde. Mit der gegenwärtigen Regelung wird die Möglichkeit eingeräumt, bestimmte Folgerungen erst aufgrund der tatsächlich eingetretenen Gefahrerhöhungen zu ziehen.⁶⁶ Dies führt dazu, daß die Versicherten-gemeinschaft von den für sie nachteiligen generellen Gefahrprognosen entlastet wird.

Ebenso wie die §§ 16 ff. VVG bauen auch die §§ 23 ff. VVG auf dem Grundgedanken auf, daß der Versicherungsnehmer die Umstände, welche für die Gefahrenanalyse von Bedeutung sind, in der Regel eher kennen wird als der Versicherer⁶⁷, was temporär betrachtet nicht nur für die Zeit bis zum formellen Vertragsschluß gilt, sondern auch danach, also für die Zeit der Vertragsdauer. Während jedoch die vorvertragliche Anzeigepflicht nur den kognitiven Bereich betrifft, knüpft § 23 Abs. 1 VVG an eine Verhaltensweise des Versicherungsnehmers an, die in der Weise auf den natürlichen Gefahrenablauf einwirkt, daß dies als Gefahrerhöhung qualifiziert werden muß. Bei solchen Verhaltensweisen handelt es sich also um vom Willen des Versicherungsnehmers getragene Handlungen.

Will man die Regelungen über die Gefahrstandspflicht einen funktionell vergleichbaren zivilrechtlichen Institut zuordnen, bietet sich die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage an.⁶⁸ Eine anerkannte Fallgruppe dieses Instituts ist unter anderem die sogenannte Äquivalenzstörung.⁶⁹

Eine Legaldefinition, die klar formuliert, was unter dem Griff der Gefahrerhöhung zu verstehen ist, hat das Versicherungsvertragsgesetz nicht getroffen. Wie schon der Wortlaut des Begriffs zeigt, muß es sich dabei um eine Gefahr handeln, die steigerungsfähig ist,⁷⁰ denn nur dann kann man davon sprechen, daß sich eine

⁶⁴ WERBER: *Die Gefahrerhöhung im deutschen, schweizerischen, französischen, italienischen, schwedischen und englischen Versicherungsrecht*, 1967, S. 2.

⁶⁵ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 4 VVG.

⁶⁶ PRÖLSS, JÜRGEN: *Der Versicherer als "Treuhänder der Gefahrengemeinschaft"* – Zur Wahrnehmung kollektiver Belange der Versicherungsnehmer durch den Privatversicherer, in: *Festschrift für Lorenz*, S. 487 ff., 497.

⁶⁷ SCHMIDT: *Einfluß des Verhaltens*, S. 29.

⁶⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 23 Anm. 4 VVG.

⁶⁹ MEDICUS, DIETER: *Bürgerliches Recht. Allgemeiner Teil*, 18. Aufl., 1999, Rdnr. 857 ff.

⁷⁰ WERBER: a.a.O., S. 15.

Gefahrenlage im Vergleich zu einer früheren Gefahrenlage erhöht hat. Legt man diesen Maßstab zugrunde, so ergibt sich folgendes:

Die Schadenseintrittsgefahr, also die mehr oder weniger große Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts des Versicherungsfalles – kann Grundlage einer Gefahrerhöhung sein, da die Möglichkeit des Eintritts des Versicherungsfalles variabel ist, d.h. bei einer Beeinflussung der Gefahrenlage im negativen Sinne kann sich die Wahrscheinlichkeit erhöhen. Auch die sogenannte Schadensauswirkungsgefahr, die darauf beruht, daß der Versicherer die Einstandspflicht für bestimmte Schadensfolgen vom Gefahrenpotential der zugrunde liegenden Umstände abhängig macht – kann zu einer Gefahrerhöhung im Sinne der §§ 23 ff. VVG führen. Dagegen wird das konkrete Gefahrenereignis von der Gefahrerhöhung im Sinne der §§ 23 ff. VVG nicht erfaßt, da das Gefahrenereignis als solches nicht steigerungsfähig ist. Mit dem Begriff des konkreten Schadensereignisses wird lediglich ein konkreter Geschehensablauf beschrieben und nicht eine durch einen bestimmten Lebenssachverhalt gekennzeichnete Gefahrenlage mit einer späteren verglichen.

Vor diesem Hintergrund ist jedoch die sogenannte Vertragsgefahr einer Gefahrerhöhung zugänglich. Dafür spricht insbesondere der Gesichtspunkt, daß bei einer negativen Änderung der für eine unberechtigte – weil außerhalb der Voraussetzungen für einen Versicherungsfall liegende – Inanspruchnahme aus dem Versicherungsvertrag als wesentlich anerkannten Umstände die Regulierung durch den Versicherer wahrscheinlicher wird. Damit handelt es sich aber auch in diesem Fall um eine steigerungsfähige Gefahr.

Erforderlich ist, daß sich die Gefahrenumstände insgesamt betrachtet derart verändert haben, daß damit die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Versicherungsfalles, die Vergrößerung des Schadensumfanges oder die unberechtigte Inanspruchnahme aus dem Versicherungsverhältnis gesteigert wird. Dies ist immer dann der Fall, wenn ein neuer Gefahrenzustand von einiger Dauer geschaffen wird, der die Grundlage eines neuen natürlichen Schadensverlaufes sein kann.⁷¹ Daher sind als Gefahrerhöhung nur solche Vorgänge zu qualifizieren, die nicht unmittelbar zum Eintritt des Versicherungsfalles führen, sondern Grundlage eines neuen Gefahrenzustandes sind, der generell den Eintritt des Versicherungsfalles wahrscheinlicher macht.⁷² Daraus erhellt, daß das durch den bloßen Zeitablauf bedingte Anwachsen des Risikos, aus dem Versicherungsverhältnis in Anspruch genommen werden zu können, noch keine relevante Gefahrerhöhung darstellt, weil der Versicherer diesen Umstand bereits in seine Gefahrenanalyse vor Vertragsschluß wegen deren genereller Vorhersehbarkeit einbezogen hat.⁷³ Von einer für den Versicherer ungünstigen nachteiligen Veränderung kann daher in diesen Fällen nicht gesprochen werden.

Maßstab für die Erheblichkeit ist der Standpunkt sachgemäßer Versicherungstechnik.⁷⁴ Danach ist entscheidend, ob die Veränderungen allgemein nach den in dem jeweiligen Versicherungszweig beherrschenden Anschauungen dem Versicherer vernünftigerweise hätten Anlaß geben können, die Versicherung aufzuheben oder nur

⁷¹ BGHZ 7, S. 311, 313 ff.; ständige Rechtsprechung, 23, S. 142, 145 f.; 50, S. 385 ff.

⁷² BGHZ 50, S. 385 ff.

⁷³ SCHMIDT: *Einfluß des Verhaltens*, S. 30; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 23 Anm. 5 VVG; BGHZ 88, S. 78, 80.

⁷⁴ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 23 Anm. 2 A d.

gegen eine erhöhte Prämie fortzusetzen.⁷⁵ Nach der in § 29 Satz 2 VVG getroffenen Regelung kann aber eine ansonsten erhebliche Gefahrerhöhung durch eine entsprechende Vereinbarung ausgeschlossen, d.h. als rechtlich irrelevant eingestuft werden.

Eine Gefahrerhöhung liegt also immer dann vor, wenn sich die Gefahrenumstände aufgrund einer vom Willen des Versicherungsnehmers gesteuerten Verhaltensweise derart ungünstig weiterentwickelt haben, daß sich die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Versicherungsfalles, der Vergrößerung der Schadensfolgen bzw. einer unberechtigten Inanspruchnahme aus dem Versicherungsverhältnis nicht nur unerheblich erhöht hat, was vom Standpunkt sachgemäßer Versicherungstechnik aus zu beurteilen ist. Soweit es sich aber lediglich um Gefahrensteigerungen von bloß vorübergehendem Charakter handelt, liegt bereits objektiv keine Gefahrerhöhung vor. Eine solche setzt vielmehr eine gewisse Stabilisierung der Gefahrensteigerung, die wiederum Grundlage für einen neuen Schadensverlauf sein kann, voraus, um als Gefahrerhöhung qualifiziert werden zu können.

Durch dieses Element der Dauer wird erreicht, daß bei all den Fällen, in denen die Veränderung der Gefahrenlage unmittelbar zur Herbeiführung des Versicherungsfalles führt, eine Gefahrerhöhung zu verneinen ist.⁷⁶ Dadurch werden die schärferen Sanktionen nach §§ 23 ff. VVG im Verhältnis zu denen des § 61 VVG ausgeschlossen. Dieses Ergebnis ist auch gerechtfertigt, denn die strengeren Rechtsfolgen der §§ 23 ff. VVG beruhen in erster Linie darauf, daß ein Zustand geschaffen wird, der zur Folge hat, daß sich mit der Gefahrerhöhung auch das Risiko des Versicherers in Anspruch genommen zu werden, erhöht. Zudem wird zu Recht vorgebracht, daß nur bei einer Gefahrerhöhung von gewisser Dauer die Anzeigepflicht nach § 23 Abs. 2 VVG nicht schon aus zeitlichen Gründen sinnlos wird.⁷⁷ Ferner würde die in § 61 VVG getroffene Regelung ohne dieses zeitliche Erfordernis inhaltlich ausgehöhlt, da nach § 61 VVG die Rechtsfolge der Leistungsfreiheit nur bei Vorsatz bzw. grober Fahrlässigkeit, die in § 25 Abs. 1 VVG normierte Rechtsfolge aber schon bei leichter Fahrlässigkeit eintritt.

Als Verletzungshandlungen kommen nur die positive Vornahme einer Gefahrerhöhung, die in einem aktiven Tun bestehen muß, und die positive Gestattung einer gefahrerhöhenden Handlung, die in einem aktiven Handeln bestehen muß,⁷⁸ in Betracht, sofern der Versicherer in diese Verhaltensweisen nicht vorher eingewilligt hat.

Nach §§ 23 Abs. 2, 27 Abs. 2 VVG ist der Versicherungsnehmer unmittelbar zur Anzeige verpflichtet, sobald er von einer Gefahrerhöhung Kenntnis erlangt. Rechtsdogmatisch handelt es sich dabei um eine Wissenserklärung, die den Versicherer darüber in Kenntnis setzen soll, daß eine Änderung der Gefahrenlage zum Negativen eingetreten ist, die qualitativ eine Gefahrerhöhung darstellt.⁷⁹ Das Gesetz hat die Anzeigehandlung, die formlos möglich ist, der Initiative des Versicherungsnehmers überlassen. Insofern wird von ihm nicht nur erwartet, daß er erkennt, ob eine

⁷⁵ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 23 Anm. 2 A d; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 23 Anm. 14 VVG.

⁷⁶ BGH VersR 1951, S. 67 f.

⁷⁷ WEYERS: a.a.O., Rdnr. 542; HOFMANN: a.a.O., Kap. 2.3.2.2.

⁷⁸ BGHZ 50, S. 385, 387.

⁷⁹ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 23 Anm. 28, 35 VVG.

Veränderung der Zustände gefahrerhöhenden Charakter hat, sondern auch, ob die Gefahrerhöhung erheblich ist.

Bei der in § 23 Abs. 2 VVG geregelten subjektiven Gefahrerhöhung⁸⁰ wird der Fall erfaßt, daß der Versicherungsnehmer eine Änderung der Gefahrenumstände durch eigenes oder zurechenbares Verhalten selbst herbeigeführt oder gestattet hat, den Charakter der vertragswidrigen Gefahrerhöhung aber nicht erkannte, während eine objektive Gefahrerhöhung⁸¹ dann vorliegt, wenn sie unabhängig vom Willen des Versicherungsnehmers eingetreten ist.

Materielle Voraussetzung für das Entstehen der Anzeigepflicht ist in beiden Fallgruppen zunächst einmal, daß eine Gefahrerhöhung eingetreten ist. In aller Regel tritt die Gefahrerhöhung, die zu einer Verschiebung des Gleichgewichts zwischen Prämie und Risikoübernahme führt, in der für den Versicherer grundsätzlich nicht zugänglichen Sphäre des Versicherungsnehmers ein. Folglich ist der Versicherer darauf angewiesen, daß ihn der Versicherungsnehmer über diesen Umstand informiert.⁸² Es entspricht auch dem Interesse des Versicherers, möglichst früh von einer solchen gefahrerheblichen Änderung der Gefahrenumstände Kenntnis zu erlangen, da er berechtigterweise nicht verpflichtet bleiben möchte, auch das insoweit erhöhte Risiko zu tragen. Sofern im Einzelfall eine Gefahrerhöhung eingetreten ist, hängt die Verpflichtung zur Anzeige nicht davon ab, ob der Versicherungsnehmer Kenntnis von der Änderung der Gefahrenlage erlangt hat.⁸³ Darunter ist die positive Kenntnis⁸⁴ hinsichtlich der veränderten Umstände sowie das Erkennen des gefahrerhöhenden Charakters dieser Veränderungen⁸⁵ zu verstehen. Andererseits entfällt aber die Anzeigepflicht immer dann, wenn der Versicherer auf anderem Weg von der betreffenden Gefahrerhöhung erfährt.⁸⁶

3. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

Welche Obliegenheiten der Versicherte hat, wenn die versicherte Gefahr sich in einem Schadensfall realisiert hat, ist in den §§ 33, 34 und 62 VVG geregelt.

a) Die Anzeigepflicht

Nach § 33 VVG hat der Versicherungsnehmer, sobald er vom Eintritt des Versicherungsfalles Kenntnis erlangt, dem Versicherer hiervon unverzüglich Anzeige zu machen. Durch die Anzeige soll dem Versicherer die Möglichkeit eingeräumt werden, sich in die Schadensermittlung und die Schadensverhandlungen selbst einzuschalten⁸⁷, um so eigene für notwendig gehaltene Feststellungen treffen und Beweise sichern zu können. Somit kommt der Anzeige auch die Funktion zu, durch frühes Einschalten des Versicherers Nachteile für die Gefahrengemeinschaft, die aus

⁸⁰ WERBER: a.a.O., S. 37; EICHLER: a.a.O., S. 63.

⁸¹ WERBER: a.a.O., S. 47; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 23 Anm. 18 VVG.

⁸² WERBER: a.a.O., S. 48.

⁸³ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 23 Anm. 34 VVG; PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 23 Anm. 5 VVG.

⁸⁴ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 23 Anm. 5 VVG.

⁸⁵ WERBER: a.a.O., S. 55; BGH VersR 1969, S. 177 f.; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 23 Anm. 34 VVG.

⁸⁶ KLINGMÜLLER: a.a.O., S. 75, 84.

⁸⁷ BHH VersR 1964, S. 1190 f.; 1968, S. 58 f.

einer verspäteten "Ermittlungstätigkeit" des Versicherers resultieren können, möglichst zu vermeiden.⁸⁸ Rechtsdogmatisch handelt es sich bei der Anzeige nach § 33 VVG, ebenso wie bei der Anzeige der Gefahrerhöhung, um eine Wissenserklärung.⁸⁹ Gegenstand dieser Erklärung ist die grundsätzlich formfreie Mitteilung des Eintritts des Versicherungsfalles, der die Leistungspflicht des Versicherers begründet.⁹⁰

Erste Voraussetzung, an die das Gesetz das Entstehen der Anzeigepflicht anknüpft, ist der Eintritt des Versicherungsfalles. Darunter wird im allgemeinen der Inbegriff all derjenigen Voraussetzungen verstanden, die vorliegen müssen, um die Leistungspflicht des Versicherers zu charakterisieren⁹¹. Unter welchen Voraussetzungen man von einem Versicherungsfall sprechen kann, richtet sich folglich nach der jeweiligen Ausgestaltung des Versicherungsvertrags, der genau beschreibt, vor welchen Gefahren der Versicherungsnehmer sich wirtschaftlichen Schutz "erkauft" hat.

Im Rahmen der zeitlichen Eingrenzung des Versicherungsfalles soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß der Eintritt des Versicherungsfalles nicht auf einen bestimmten Zeitpunkt fixiert sein muß, sondern sich auch über einen längeren Zeitraum erstrecken kann.⁹² Dies ist darauf zurückzuführen, daß vielen Gefahrbegriffen die Möglichkeit einer gewissen Dauer inhärent ist.⁹³ Soweit sich danach das versicherte Ereignis über einen längeren Zeitraum erstreckt, spricht man auch von sog. "gedehnten Versicherungsfällen". Aufgrund dieser Sachlage sieht sich die Praxis oft mit dem Problem konfrontiert, ob ein möglicher Versicherungsfall sich noch innerhalb der vertraglichen Haftungszeit ereignet hat. Wo im konkreten Fall der Beginn und das Ende des Versicherungsfalles liegen, kann nicht generell gesagt werden. Dies hängt, da es keinen einheitlichen Begriff des "Versicherungsfalles" gibt,⁹⁴ von der konkret versicherten Gefahr ab.

Da der Versicherer daran interessiert ist, möglichst früh in die Schadensermittlungen und Schadensverhandlungen eingeschaltet zu werden, kann dies hinsichtlich der Anzeige des Versicherungsfalles nur bedeuten, daß hier der Beginn des Versicherungsfalles der maßgebliche Zeitpunkt ist. Dieser Zeitpunkt ist denn auch entscheidend für die Beurteilung der Unverzüglichkeit der Anzeige nach § 33 Abs. 1 VVG. Nicht ausgeschlossen ist, daß in Sonderregelungen, wie z.B. § 9 Abs. 1 MBKK – danach ist eine Krankenhausbehandlung binnen 10 Tagen nach ihrem Beginn anzuzeigen –, eine Konkretisierung des Merkmals der Unverzüglichkeit erfolgt.

Gegenstand der Anzeigepflicht sind nur solche Ereignisse, die auch geeignet sind, die Leistungspflicht des Versicherers auszulösen.⁹⁵ Es muß sich danach um Geschehensabläufe handeln, die vom Versicherer noch gedeckt werden, also in die Risikosphäre des Versicherungsvertrages mit einbezogen sind. Da der Versicherungsvertrag aber nicht alle Gefahrumstände, die zur Risikorealisation führen können, im einzelnen auführen kann, stellt sich oftmals das Problem, ob bestimmte

⁸⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 33 Anm. 3 VVG.

⁸⁹ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 33 Anm. 18 VVG.

⁹⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 33 Anm. 17 VVG.

⁹¹ WEYERS: a.a.O., Rdnr. 551.

⁹² PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 1 Anm. 3 VVG; EICHLER: a.a.O., S. 65.

⁹³ MÖLLER, HANS: *Gedanken zum gedehnten Versicherungsbegriff*, in: Festschrift für Eichler, 1977, S. 411, 413.

⁹⁴ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 1 Anm. 49 VVG.

⁹⁵ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 33 Anm. 8 VVG.

Geschehensabläufe vom Versicherungsvertrag noch gedeckt sind. Nach herrschender Auffassung⁹⁶ bestimmt sich dies nach der auch im allgemeinen Schadensrecht geltenden "Adäquanz-Theorie". Danach kommt es entscheidend darauf an, ob ein Geschehensablauf nicht nur unter besonders eigenartigen, ganz unwahrscheinlichen und nach dem regelmäßigen Lauf der Dinge außer Betracht zu lassenden Umständen geeignet war, die gesicherte Gefahr zu realisieren. Es ist also erforderlich, daß sich gerade die durch den Versicherungsvertrag umschriebene Gefahr im Versicherungsfall verwirklicht. Dem Schutzzweckgedanken des Versicherungsvertrages sollte dabei aber eine gewisse Korrekturfunktion zuerkannt werden.⁹⁷

Insgesamt kann festgehalten werden, daß mit der zeitlichen und gegenständlichen Komponente zwei Eckpfeiler existieren, die den "Versicherungsfall" in der Weise determinieren, daß es im Einzelfall unter Berücksichtigung der Gesamtumstände möglich erscheint, eine Einordnung des zu beurteilenden Lebenssachverhaltes vorzunehmen. Entscheidend ist also, ob das Ereignis, das die Leistungspflicht des Versicherten auslösen soll, nach dem konkreten Zweck des Versicherungsvertrages eine Realisierung des vom Versicherer übernommenen Risikos darstellt und auch zeitlich in diesen Realisierungszeitraum fällt.

Voraussetzung der Anzeigepflicht ist auch die Kenntnis des Versicherungsnehmers vom Eintritt des Versicherungsfalls. Unter Kenntnis ist in diesem Zusammenhang nur die positive Kenntnis⁹⁸ des Versicherungsnehmers hinsichtlich der maßgeblichen Tatsachen zu verstehen. Nicht ausreichend ist es daher, wenn der Versicherungsnehmer lediglich Kenntnis hätte haben können oder müssen. Daraus kann weiter abgeleitet werden, daß es auf fahrlässige Unkenntnis nicht ankommt, weshalb selbst grob fahrlässiges Nichtwissen rechtlich irrelevant ist.⁹⁹ Die Rechtfertigung dieser Interpretation des § 33 Abs. 1 VVG folgt schon daraus, daß diese Norm dem Versicherungsnehmer keine "Nachforschungspflicht" auferlegt, sondern nur die Weitergabe bekanntgewordener Umstände, aus denen sich das Vorliegen eines Versicherungsfalles ergibt. Dem ist zu entnehmen, daß sich die Kenntnis nicht nur auf die bloße Tatsachenkenntnis beziehen muß, sondern auch darauf, daß das Ereignis aus Sicht des Versicherungsnehmers möglicherweise die Voraussetzungen eines Versicherungsfalles erfüllt.¹⁰⁰

Sind dem Versicherungsnehmer danach anzeigepflichtige Umstände bekanntgeworden, hat er die erforderliche Anzeige unverzüglich, d.h. nach § 121 BGB ohne schuldhaftes Zögern zu machen. Da es sich – wie festgestellt – um eine Wissenserklärung handelt, ist § 33 Abs. 2 VVG tatbestandlich so zu verstehen, daß bei Kenntnis des Versicherers vom Versicherungsfall keine Anzeigepflicht seitens des Versicherungsnehmers besteht. Eine Nichtanzeige wäre in diesem Fall somit sanktionslos. Liegen die Voraussetzungen vor, nach denen der Versicherungsnehmer dem Versicherer gegenüber eine Anzeige zu machen hätte, und tut er dies nicht, so verstößt er gegen § 33 Abs. 1 VVG, wenn er den Versicherungsfall nicht anzeigt, obwohl er die Versicherung in Anspruch nehmen will, denn nur in diesem Fall kann

⁹⁶ WEYERS: a.a.O., Rdnr. 558; DEUTSCH: a.a.O., Rdnr. 154.

⁹⁷ WEYERS: a.a.O., Rdnr. 559; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 59 Anm. 146 VVG.

⁹⁸ BGH VersR 1970, S. 1045 f.

⁹⁹ BGH VersR 1967, S. 56, 58.

¹⁰⁰ LG Kaiserslautern VersR 1965, S. 278, 279.

ihm vorgehalten werden, daß er sich nicht so verhält, wie es von einem ordnungsgemäß handelnden Versicherungsnehmer erwartet wird. Die qualitativ defizitäre Anzeige ist so zu behandeln, als wäre sie nicht erfolgt. Es dürfen allerdings keine überzogenen Anforderungen an den Umfang der Anzeige gestellt werden, um so die Grenzziehung zur Auskunftspflicht nach § 34 VVG noch wahren zu können. Ist die Anzeige inhaltlich so erschöpfend, daß sich der Versicherer damit ohne weiteres in die Schadensermittlung einschalten kann, erfüllt sie ihre Funktion.¹⁰¹ Andererseits reicht es aber nicht aus, wenn sich die Anzeige in der bloßen Mitteilung erschöpft, daß ein Versicherungsfall eingetreten ist.¹⁰² Hier liegt eine qualitativ unzureichende Anzeige vor, die ihre Funktion nicht erfüllen kann und daher so zu behandeln ist, als wäre überhaupt keine Anzeige erfolgt.

b) Die Auskunftspflicht

In unmittelbarem Zusammenhang mit der in §§ 33 VVG geregelten Anzeigepflicht steht die Auskunfts- und Belegpflicht nach § 34 VVG. Dieser Norm zufolge kann der Versicherer vom Versicherungsnehmer verlangen, daß dieser ihm jede Auskunft erteilt, die zur Feststellung des Versicherungsfalles oder des Umfangs der Leistungspflicht des Versicherers erforderlich ist. Belege kann der Versicherer dagegen nur insoweit fordern, als deren Beschaffung vom Versicherungsnehmer billigerweise erwartet bzw. ihm zugemutet werden kann. Diese Regelungen beruhen auf der Vorstellung, daß die bloße Anzeige des Versicherungsfalles dem Informationsbedürfnis des Versicherers, trotz der dadurch eingeräumten Möglichkeit, sich in die Schadensermittlungen und die Schadensverhandlungen einzuschalten, bei weitem noch nicht genügt.

Zweck dieser Vorschrift ist es, den Versicherungsnehmer zu veranlassen, dem Versicherer all diejenigen Umstände mitzuteilen, die ihn objektiv in die Lage versetzen, eine sachgemäße Entscheidung zu treffen. Um das Ziel einer auf richtigen und vollständigen Tatsachen beruhenden Entscheidung zu realisieren, verlangt das Gesetz daher vom Versicherungsnehmer neben der Anzeige des Versicherungsfalles auch die Auskunft über bestimmte Umstände sowie die Vorlage von Belegen zu deren Nachweis, erwartet also vom Versicherungsnehmer ein Verhalten, das darauf gerichtet ist, nach besten Kräften mitzuwirken, so daß letztlich die Versichertengemeinschaft nicht infolge unrichtiger Sachentscheidungen unnötig belastet wird. In rechtsdogmatischer Hinsicht ist die Auskunft, ebenso wie die Anzeige, als eine Wissenserklärung zu qualifizieren, da die Auskunftserteilung die Mitteilung bestimmter versicherungsrelevanter Umstände zum Gegenstand hat.

Neben dem Eintritt des Versicherungsfalles hängt das Entstehen der Auskunftspflicht expressis verbis von einem entsprechenden Verlangen des Versicherers ab. Bei diesem Verlangen handelt es sich rechtsdogmatisch um eine einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung,¹⁰³ durch die der Versicherer ein Gestaltungsrecht ausübt. Verlangt der Versicherer die Auskunft, dann wird die mit dem Eintritt des

¹⁰¹ BGH VersR 1968, S. 58 f.

¹⁰² OLG Braunschweig VersR 1956, S. 172 f.; FLECK, HANS-JOACHIM: *Anm. zum Urteil des BGH vom 19.03.1956 (LZA 10/56)*, in: VersR 1956, S. 316 f.

¹⁰³ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 34, Anm. 6 VVG.

Versicherungsfalles latent bestehende Auskunftspflicht in der Weise aktualisiert, daß sie nunmehr vom Versicherungsnehmer erfüllt werden muß, soweit diesem ein entsprechendes Auskunftsverlangen zugeht.¹⁰⁴

Nur ausnahmsweise wird von der Rechtsprechung eine spontan zu erfüllende Auskunftspflicht verlangt. So muß der Versicherungsnehmer falsche Angaben von sich aus berichtigen¹⁰⁵ oder den Versicherer auf einen diesem unterlaufenen Irrtum, soweit der Versicherungsnehmer dies erkannt hat, hinweisen.¹⁰⁶ Hat der Versicherer die Auskunftspflicht durch ein entsprechendes Auskunftsverlangen des Versicherers ausgelöst, so endet die Auskunftspflicht erst dann wieder, wenn der Versicherer seine Leistung erbracht hat.¹⁰⁷ Deshalb kann der Versicherer auch mehrfach nacheinander Auskünfte verlangen.

Durch die Auskunft soll dem Versicherer die Kenntnis derjenigen Umstände verschafft werden, die als Grundlage für eine sachgemäße Entscheidung notwendig sind. Ist der Versicherte bereits im "Besitz" dieses Wissens, so verliert die Auskunft ihren wesensmäßigen Charakter als Instrument der Wissensvermittlung und damit auch ihre funktionelle Berechtigung. Deshalb ist auch hier, wie bereits bei der Anzeigepflicht, die Unkenntnis des Versicherers objektive Voraussetzung dafür, daß durch das Anzeigeverlangen die Anzeigepflicht ausgelöst, d.h. zum Entstehen gebracht werden kann.

In der Praxis spielt dabei die Beantwortung formularmäßig gestellter Fragen eine große Rolle.¹⁰⁸ In der Regel genügt der Versicherungsnehmer den sich aus § 34 Abs. 1 VVG ergebenden Anforderungen, wenn er die Fragen richtig und vollständig beantwortet. In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, daß § 34 VVG die Auskunftspflicht nicht davon abhängig macht, ob der Versicherungsnehmer die erforderliche Kenntnis schon besitzt. Soweit dies nicht der Fall ist, muß er sich diese durch entsprechende Nachforschungen – im Gegensatz zu § 16 VVG – verschaffen.¹⁰⁹ Diese Nachforschungspflicht darf jedoch nicht im Sinne einer globalen Erkundigungspflicht, die bereits durch den Eintritt des Versicherungsfalles ausgelöst wird, verstanden werden. Vielmehr ist sie zeitlich durch das Verlangen und gegenständlich durch die entsprechenden Fragen des Versicherers begrenzt.

Andererseits ist in der Rechtsprechung die Tendenz erkennbar, die Auskunft des Versicherungsnehmers nicht in jedem Fall auf die vollständige und wahrheitsgemäße Beantwortung der gestellten Fragen zu beschränken. Vielmehr wird es für zulässig erachtet, darüber hinaus vom Versicherungsnehmer die Angabe all derjenigen Umstände zu verlangen, die auf die Leistungspflicht des Versicherers von Einfluß sein können. Dem liegt der Gedanke zugrunde, daß auch vom Versicherungsnehmer, als Ausstoß der versicherungsrechtlichen Vertragsbeziehung, erwartet werden kann, nach besten Kräften daran mitzuwirken, daß der Versicherer sachlich korrekte Entscheidungen treffen kann. Daher kann vom Versicherungsnehmer erwartet werden, daß er über den konkreten Frageninhalt hinaus über all diejenigen Umstände, die Einfluß auf

¹⁰⁴ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 34 Anm. 1 VVG.

¹⁰⁵ BGH VersR 1956, S. 365 f.; PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 34 Anm. 7 VVG.

¹⁰⁶ OLG Hamm VersR 1983, S. 1124; LG Osnabrück VersR 1982, S. 136 f.

¹⁰⁷ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 34 Anm. 8 VVG.

¹⁰⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 34 Anm. 20 VVG.

¹⁰⁹ BGH VersR 1969, S. 694; PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 34 Anm. 2 VVG.

die Beurteilung der Leistungspflicht und des Leistungsumfanges haben können, Angaben macht.

Als Verletzungshandlungen in Bezug auf die Auskunftspflicht können die Nicht- und die Schlechterfüllung¹¹⁰ unterschieden werden. Während von einer Nichterfüllung nur dann gesprochen werden kann, wenn der Versicherungsnehmer auf ein Auskunftsverlangen nicht reagiert hat, kann die Schlechterfüllung sich sowohl durch quantitative – also umfangmäßig unzureichende – als auch durch qualitative – verfälschte – Defizite auszeichnen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß der Gesetzgeber mit der Normierung der Auskunftspflicht in § 34 Abs. 1 VVG die Intention verfolgt hat, die Abwicklung des Versicherungsfalles als kooperative Aufgabe zwischen dem Versicherungsnehmer und dem Versicherer zum Schutze der versicherten Gemeinschaft zu statuieren. Auf diese Weise soll nicht nur die Schadensregulierung, also die Klärung des Versicherungsfalles sowie der Höhe des Leistungsanspruches, effektiviert, sondern auch Möglichkeiten der Schadensbegrenzung realisiert werden. Insgesamt betrachtet handelt es sich damit um eine Verhaltensregelung, die für eine ausgewogene Verhaltensordnung unverzichtbar und damit von grundlegender Bedeutung ist.

c) Die Belegpflicht

Die Belegpflicht nach § 34 Abs. 2 VVG dient dazu, die dem Versicherer gegenüber gemachten Angaben zu erhärten.¹¹¹ Hier kommt insbesondere der Urkunde als wohl häufigster Form des Belegnachweises große Bedeutung zu. Das insoweit vom Versicherungsnehmer verlangte Verhalten besteht damit nicht in der Abgabe einer Wissenserklärung, sondern ist rechtlich als Realakt zu qualifizieren.

Grundvoraussetzung der Beschaffungspflicht ist zunächst einmal, daß die verlangten Belege objektiv betrachtet überhaupt beschaffbar und für die Abwicklung des Versicherungsfalles erforderlich sind. Jedoch erfolgt eine weitere sachliche Beschränkung durch das Merkmal der Zumutbarkeit. Damit bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, daß das Bestehen einer Beibringungspflicht nicht allein von einem objektiven Maßstab abhängig gemacht werden darf, sondern auch den persönlichen Verhältnissen und Fähigkeiten des Versicherungsnehmers eine entscheidende Rolle zukommen soll. Das kann im Einzelfall eine Interessenabwägung erfordern. Hierbei sind auf Versichererseite Art, Bedeutung, Glaubhaftigkeit sowie Selbstbeschaffbarkeit der Angaben und auf Seiten des Versicherungsnehmers der finanzielle und zeitliche Aufwand, die Beschaffbarkeit von dritter Seite usw. zu berücksichtigen. Erst dann kann entschieden werden, ob vom Versicherungsnehmer eine Belegpflicht verlangt werden kann.

d) Schadensbegrenzung

Die in § 62 VVG geregelte Schadensabwendungs- und -minderungspflicht wird gewöhnlich als "Rettungspflicht" bezeichnet.¹¹² Dem Wortlaut des § 62 Abs. 1 VVG ist

¹¹⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 34 Anm. 34 VVG.

¹¹¹ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 34 Anm. 23 VVG.

¹¹² EICHLER: a.a.O., S. 43, 47, 280; HOFMANN: a.a.O., Kap. 3.4.5.1.; WEYERS: a.a.O., Rdnr. 578.

zu entnehmen, daß der Gesetzgeber vom Versicherungsnehmer ein Verhalten verlangt, das darauf gerichtet ist, einen drohenden Schaden zu vermeiden, oder bei einem bereits eingetretenen Schaden dessen Ausweitung entgegenzutreten. Danach ist diese Regelung ganz allgemein auf den Gedanken der Schadensverhütung zurückzuführen.¹¹³

Die Einbindung des einzelnen Versicherungsverhältnisses in eine Gemeinschaft verlangt von jedem einzelnen Versicherungsnehmer, sowohl auf die Interessen der anderen wie auch die der Gemeinschaft als solcher Rücksicht zu nehmen.¹¹⁴ In diesem Zusammenhang kommt dem Grundsatz von Treu und Glauben eine nicht unerhebliche Ordnungsfunktion innerhalb dieser Gemeinschaft zu. Treuwidrig handelt dabei insbesondere derjenige, bei dem die Folgen seines Handelns über den eigenen Rechtskreis hinaus auch andere treffen.¹¹⁵

Die Rettungspflicht betrifft eine zeitlich genau bestimmte Verhaltensweise. Danach wird vom Versicherungsnehmer verlangt, daß er sich während eines bestimmten Zeitraumes auch in bestimmter Weise verhält.¹¹⁶ Insoweit gewinnt auch die zeitliche Komponente der Rettungspflicht an Bedeutung. Ausgehend vom Wortlaut des § 62 Abs. 1 VVG setzt die Rettungspflicht "bei Eintritt des Versicherungsfalles" ein. Würde man ihre Voraussetzungen erst mit Eintritt des Schadens annehmen, so reduzierte sie sich auf eine bloße Verhinderung der Schadensausweitung, während eine bloß abstrakte Möglichkeit einer Gefahrenrealisierung nicht ausreicht, um die Schadensabwendungspflicht auszulösen. Geht man davon aus, daß § 62 VVG eine Konkretisierung des in § 242 BGB normierten allgemeinen Rechtsgedankens, wonach der Versicherungsnehmer auch zur Rücksichtnahme gegenüber der Versicherten-gemeinschaft verpflichtet ist, darstellt, wird man eine konkrete Gefahrensituation fordern müssen, da erst hier innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes mit einer Wahrscheinlichkeit der Eintritt einer Störung erwartet werden muß und deshalb Anlaß besteht, dem Schadenseintritt entgegenzutreten, um so noch rechtzeitig einen Schaden am Versichertengut abwenden zu können.

Nach der einen Ansicht¹¹⁷ soll die "Rettungspflicht" so lange bestehen, als der Schaden noch abgewendet oder gemindert oder der Umfang der Entschädigung noch positiv beeinflusst werden kann, während die Gegenmeinung¹¹⁸ die Grenzen etwas enger zieht und die Rettungspflicht enden läßt, sobald der Versicherungsschaden abgeschlossen ist. Der primäre Zweck der Rettungspflicht, nämlich die Versicherten-gemeinschaft vor Schaden zu schützen und damit finanziell zu entlasten, spricht im Ergebnis dafür, die Rettungspflicht so lange andauern zu lassen, als die tatsächliche Möglichkeit besteht, einen Schaden noch abzuwenden.

In der Rechtsprechung¹¹⁹ ist anerkannt, daß diese Verhaltensanforderung nicht davon abhängig gemacht werden kann, ob eine gewisse Wahrscheinlichkeit hinsichtlich der Erfolgsaussichten der Maßnahme gegeben ist. Entscheidend ist das Ziel, nicht

¹¹³ WILKENS, ECKHARDT: *Die Rettungspflicht – Eine rechtsvergleichende Darstellung*, 1990, S. 1.

¹¹⁴ WILKENS: a.a.O., S. 3; Amtliche Begründung zu § 62 VVG, S. 77.

¹¹⁵ WILKENS: a.a.O., S. 3.

¹¹⁶ SIEBECK, WOLFGANG: *Die Schadensabwendungs- und minderungspflicht*, 1963, S. 43; WILKENS: a.a.O., S. 53.

¹¹⁷ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 62 Anm. 1 B VVG.

¹¹⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 62 Anm. 18.

¹¹⁹ BGH VersR 1972, 1039 f. = NJW 1972, S. 1809; LG Hamburg VersR 1984, S. 1088.

der Erfolg der Maßnahme.¹²⁰ Nach § 63 Abs. 1 Satz 1 VVG hat der Versicherer die sogenannten Rettungskosten auch bei Erfolglosigkeit der Maßnahme zu tragen. Welche Maßnahme nun als Rettungsleistung angesehen werden kann, richtet sich nach der konkreten Gefahrenlage. Dabei bezieht sich die Abwendungs- bzw. Minderungspflicht ihrem Inhalt nach auf den Schaden und nicht auf den Versicherungsfall,¹²¹ da es eine generelle Obliegenheit zur Verhütung eines Versicherungsfalles nicht gibt.

Der Versicherungsnehmer hat nur "nach Möglichkeit" für die Schadensabwehr bzw. -minderung zu sorgen, was rechtsdogmatisch als eine normimmanente Grenze zu qualifizieren ist. Damit bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, daß auch das Versicherungsverhältnis so auszugestalten ist, wie es dem Gebot von Treu und Glauben sowie den Grundsätzen der Verkehrssitte nach erforderlich ist.¹²² Inhaltlich ist die vom Gesetz gezogene Mitwirkungsgrenze in der Weise zu konkretisieren, daß vom Versicherungsnehmer nur ein solches Verhalten erwartet werden kann, das ihm auch zuzumuten ist.¹²³ Dabei ist dieser Maßstab nicht nur als Obergrenze dafür anzusehen, was vom Versicherungsnehmer äußerstenfalls verlangt werden kann, sondern auch als Untergrenze, die einen Mindestinhalt festlegt, soll der Versicherungsnehmer der sogenannten Rettungspflicht noch genügen.¹²⁴ Bei der Feststellung des allgemein zumutbaren Verhaltens soll dieses vom Standpunkt eines ordentlichen Betrachters beurteilt werden.¹²⁵ Der Zusammenschluß einer Vielzahl gleichartig Gefährdeter zu einer Risikoausgleichsgemeinschaft verlangt, daß alle Versicherungsnehmer grundsätzlich gleichbehandelt werden. Was im Einzelfall verlangt werden kann, richtet sich danach, wie ein sorgfältiger Versicherungsnehmer gehandelt hätte. Dies ist aufgrund einer Prognose, bezogen auf den Zeitpunkt der Rettungshandlung zu entscheiden.¹²⁶ Damit ist nicht die im Verkehr praktizierte Sorgfalt, sondern das von einem ordentlichen Versicherungsnehmer zu erwartende Verhalten maßgebend. Soweit danach Maßnahmen zumutbar sind, im Einzelfall aber eine unbillige Härte darstellen würden, kann der Verschuldensmaßstab als Korrektiv dafür dienen¹²⁷, den bestehenden Konflikt einem gerechten Ausgleich zuzuführen.

Die Regelungen in § 62 Abs. 1 Satz 1 1. Halbsatz und 2. Halbsatz VVG zeigen darüber hinaus, daß der Gesetzgeber dem Versicherer die Befugnis eingeräumt hat, das vom Versicherungsnehmer hinsichtlich der Schadensabwehr bzw. -minderung erwartete Verhalten inhaltlich zu konkretisieren. Um diesem Ziel auch rechtlich Geltung zu verschaffen, räumt das Gesetz dem Versicherer die Möglichkeit ein, dem Versicherungsnehmer Weisungen zu erteilen, die dieser auch zu befolgen hat, wobei sich auch hier die Weisung innerhalb der Grenzen der Zumutbarkeit halten muß.¹²⁸ Ferner braucht der Versicherungsnehmer eine Weisung auch dann nicht zu befolgen, wenn er sie im Hinblick auf seine Schadensabwehrungs- bzw. -minderungspflicht für unzweckmäßig hält. Jedoch gebietet es hier der Grundsatz von Treu und Glauben, daß

¹²⁰ BRUCK: a.a.O., S. 344; SIEBECK: a.a.O., S. 27 f.

¹²¹ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 62 Anm. 17 VVG.

¹²² PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., Vorb. II 3 VVG; RITTER-ABRAHAM: a.a.O., S. 47.

¹²³ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 62 Anm. 2 a VVG.

¹²⁴ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 62, Anm. 33 VVG.

¹²⁵ BGH NJW 1972, S. 1809 f.

¹²⁶ BGH VersR 1972, S. 1039 f.

¹²⁷ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 62 Anm. 33 VVG.

¹²⁸ SIEBECK: a.a.O., S. 79.

er sich mit dem Versicherer zwecks Klärung der bestehenden Diskrepanzen zumindest in Verbindung setzt.

Um diesem Interesse des Versicherers zu genügen, hält das Gesetz den Versicherungsnehmer aber nicht nur für verpflichtet, Weisungen zu befolgen. Vielmehr hat er solche Weisungen einzuholen, wenn es die Umstände gestatten. Durch eine vollständige Schadensanzeige soll er aber dieser Pflicht bereits genügen.¹²⁹ Zudem folgt aus einem *argumentum e contrario*, daß derjenige, dem ein Weisungsrecht zusteht, auch selbst berechtigt sein muß, Rettungsmaßnahmen zu ergreifen. Dies bedingt im Gegenzug beim Versicherungsnehmer eine gewisse Duldungspflicht¹³⁰ hinsichtlich solcher Maßnahmen.

Unter welchen Voraussetzungen eine Verletzung der in § 62 VVG vorausgesetzten Verhaltensweise vorliegt, richtet sich im wesentlichen danach, welche Verhaltensanforderungen im konkreten Einzelfall von dem Versicherungsnehmer zu erfüllen sind. Ganz allgemein wird man hier eine Verletzungshandlung insbesondere dann bejahen können, wenn der Versicherungsnehmer trotz physisch realer Möglichkeit und subjektiver Zumutbarkeit einen abwendbaren Schadenseintritt nicht verhindert oder es unterläßt, einen bereits eingetretenen Schaden zu minimieren. Danach ist ein Versicherungsnehmer nach Eintritt eines Versicherungsfalles grundsätzlich gehalten, nur solche kostenträchtigen Maßnahmen zu ergreifen, die auch ein Nichtversicherter in gleicher Lage durchführen würde.¹³¹ Im Rahmen des Weisungsrechts verstößt der Versicherungsnehmer gegen die von ihm zu erfüllenden Verhaltensanforderungen, wenn er zumutbare Weisungen nicht einhält oder rechtmäßig erteilte Weisungen nicht befolgt.

4. Die vertraglichen Obliegenheiten

Das Versicherungsvertragsgesetz differenziert, wie bereits erwähnt, grundsätzlich zwischen solchen "Obliegenheiten", die vor oder nach dem Eintritt des Versicherungsfalles zu erfüllen sind und je nach gesetzlicher Regelung für alle oder nur bestimmte Versicherungszweige gelten.¹³² Neben diesen gesetzlichen Verhaltensanforderungen können dem Versicherungsnehmer aber auch im Rahmen des Versicherungsvertrages, also vertraglich, weitere "Obliegenheiten" auferlegt werden. In funktioneller Hinsicht können solchen vertraglichen Obliegenheiten ganz unterschiedliche Bedeutungen zukommen. So können sie entweder dispositive gesetzliche Obliegenheiten modifizieren bzw. abbedingen oder auch über die gesetzlichen Obliegenheiten hinausgehende, völlig neue Verhaltensanforderungen begründen.¹³³ Letzteres folgt schon aus § 32 VVG, der davon ausgeht, daß Verhaltensanforderungen zur Verhinderung von Gefahren oder zur Verhütung einer Gefahrerhöhung vereinbart werden können.

¹²⁹ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 62 Anm. 3 a VVG; a.A. BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 62 Anm. 22 VVG.

¹³⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 62 Anm. 33 VVG.

¹³¹ OLG Hamm, MDR 1990, S. 926 f.

¹³² BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 16 VVG.

¹³³ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 16 VVG.

a) Abgrenzung zwischen §§ 23 ff. VVG und § 32 VVG

Wenn eine bestimmte Verhaltensweise von mehreren Vorschriften erfaßt wird, stellt sich die Frage, ob die betreffenden Regelungen zueinander in Konkurrenz stehen oder sich gegenseitig ausschließen. Diese Frage stellt sich auch im Hinblick auf die gesetzlichen Gefahrstandsregelungen nach den §§ 23 ff. VVG und den auf vertraglichen Vereinbarungen beruhenden Gefahrstandsregelungen nach § 32 VVG. Diesbezüglich sind die Meinungen in der Literatur geteilt.

Prölss/Martin¹³⁴ vertreten die Auffassung, daß sowohl die §§ 23 ff. VVG als auch die §§ 6 und 32 VVG angewandt werden können, soweit die tatsächliche Gestaltung des Falles es erlaubt.¹³⁵ Dagegen differenzieren Bruck/Möller¹³⁶ danach, ob die vertraglichen Obliegenheiten nach § 32 VVG ein Tun oder ein Unterlassen vorschreiben. Für den Fall, daß Gegenstand der vorbeugenden Obliegenheit ein Tun ist, wird eine Konkurrenz in Form eines tatbestandlichen Nebeneinanders verneint, da sich die gesetzliche Gefahrstandspflicht nach den §§ 23 ff. VVG auf das Unterlassen einer Gefahrerhöhung beschränkt. Da aber die Verminderung der Gefahr in der Regel ein Tun erfordert, scheidet hier eine Konkurrenz aus. Nur soweit hinsichtlich der Verhütung einer Gefahrerhöhung vom Versicherungsnehmer ein Unterlassen gefordert wird, soll eine Konkurrenz mit den §§ 23 ff. VVG möglich sein.

Dafür, daß im Grundsatz von einer Konkurrenz der fraglichen Regelungsbereiche auszugehen ist, spricht schon der Wortlaut der Regelung in § 32 VVG. Danach werden vertragliche Obliegenheiten durch die Regelungen über die Gefahrerhöhung nach §§ 23 ff. VVG "nicht berührt". Dem § 32 VVG kann kein Anhaltspunkt dafür entnommen werden, daß die Rechtsfolgen der Gefahrstandsvorschriften nach §§ 23 ff. VVG generell im Falle der Verletzung vertraglicher Obliegenheiten durch deren Rechtsfolgen derogiert werden sollen.¹³⁷ Inhaltlich stellen die vorbeugenden Obliegenheiten nach § 32 VVG mehr auf ein aktives Verhalten, dagegen die §§ 23 ff. VVG mehr auf ein passives Verhalten ab. Abweichungen in beide Richtungen sind jedoch möglich, so daß es zu Überschneidungen beider Regelungsbereiche kommen kann. Auch der BGH vertritt in seiner neueren Rechtsprechung¹³⁸ die Ansicht, daß die §§ 23 ff. VVG grundsätzlich neben den §§ 6 und 32 VVG anwendbar sind. Daß dieser Entscheidung ein Fall zugrunde lag, in dem mit der Verletzung einer Sicherheitsvorschrift eine Gefahrerhöhung verbunden war, ändert nichts an der darin zum Ausdruck kommenden Grundtendenz, wonach allein die Vereinbarung vertraglicher Obliegenheiten noch keinen Verzicht auf die Rechtsfolgen der §§ 23 ff. VVG bedeutet. Soweit also gegen die neben den vertraglichen Obliegenheiten bestehenden gesetzlichen Obliegenheiten verstoßen wird, kommt diesem Verstoß eine selbständige Bedeutung zu, auch wenn die Gefahrerhöhung auf die Verletzung einer vertraglichen Obliegenheit zurückzuführen ist. Eine Ausnahme – mit der Wirkung, daß die §§ 23 ff. VVG ausgeschlossen sind – erfährt dieser Grundsatz aber dann, wenn die vorbeugenden vertraglichen Obliegenheiten inhaltlich derart komplex ausgestaltet

¹³⁴ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 32 Anm. 1.

¹³⁵ So schon BGH BGHZ 4, S. 369, 377.

¹³⁶ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 32 Anm. 9 f. VVG.

¹³⁷ BGH VersR 1987, S. 921 f.

¹³⁸ BGH VersR 1987, S. 921 f.

sind, daß sie zu Sondertatbeständen erwachsen, die einen eigenständigen, spezifischen Charakter haben, und damit die §§ 23 ff. VVG verdrängen.

b) Die Bedeutung von § 6 VVG

Wegen der grundsätzlich bestehenden Möglichkeit, vertragliche Obliegenheiten zu vereinbaren, besteht aber auch die Gefahr, daß der Versicherer seine stärkere Verhandlungsposition ausnutzt und den Versicherungsnehmer unangemessen in diesem Zusammenhang benachteiligt.

Der Gesetzgeber war daher von vornherein darum bemüht, einer ausufernden Versicherungspraxis in diesem Bereich einen Riegel vorzuschieben. In diesem Zusammenhang kommt der Regelung in § 6 VVG eine zentrale Bedeutung zu. Diese Norm verfolgt nämlich den Zweck, dem Versicherungsnehmer einen gewissen Mindestschutz zu gewährleisten, sofern als Sanktion für einen Verstoß gegen vertragliche Obliegenheiten die Leistungsfreiheit des Versicherers vereinbart wurde.¹³⁹ Dabei geht – wie bei den gesetzlichen Obliegenheiten – auch § 6 VVG davon aus, daß es vertragliche Obliegenheiten gibt, die vor und solche, die nach dem Versicherungsfall zu erfüllen sind.¹⁴⁰ Dieser zunächst in zeitlicher Hinsicht erfolgten Aufteilung kommt aber nicht bloß formelle, sondern darüber hinaus auch materielle Bedeutung zu. Dies ergibt sich insbesondere daraus, daß Obliegenheitsverstöße vor Eintritt des Versicherungsfalles härter als solche nach Eintritt des Versicherungsfalles sanktioniert werden.¹⁴¹ So genügt es nach § 6 Abs. 1 Satz 1 VVG schon, wenn der Versicherungsnehmer leicht fahrlässig eine entsprechende Verhaltensanforderung verletzt, um als Sanktion die Befreiung des Versicherers von der Erbringung der Versicherungsleistung auszulösen. Dagegen führt bei der Verletzung von vertraglichen Obliegenheiten, die erst nach dem Eintritt des Versicherungsfalles zu erfüllen waren, ein leicht fahrlässiges Fehlverhalten noch nicht zur Leistungsfreiheit des Versicherers, wie die Regelung in § 6 Abs. 3 VVG zeigt. Dieser Rechtsgestaltung liegt die allgemeine Vorstellung zugrunde, daß Verhaltensdefizite vor Eintritt des Versicherungsfalles diesen in der Regel begünstigt haben, während nicht erfüllte Verhaltenserwartungen nach Eintritt des Versicherungsfalles allenfalls auf die sachgemäße Regulierung oder die Begrenzung der Ausweitung des Schadens von Einfluß sind.¹⁴² Dieser in der Sache bestehende Unterschied ist als einleuchtender Grund dafür anzusehen, den Eintritt einer Sanktion jeweils von der Schwere des Fehlverhaltens sowie den zu erwartenden Folgen im konkreten Einzelfall abhängig zu machen. In § 6 VVG ist daher eine Regelung zu sehen, die verhindern soll, daß die negativen Folgen von Verhaltensdefiziten einseitig und undifferenziert auf den Versicherungsnehmer abgewälzt werden. Gleichwohl kann dieser Schutz vom Versicherer umgangen werden, da diesem in quantitativer Hinsicht keine Grenzen gesetzt sind, den Versicherungsnehmer durch Auferlegung einer Vielzahl von Obliegenheiten zu einer

¹³⁹ SIEG: *Obliegenheiten*, S. 106 f.; WERTH, HANS-GEORG: *Die Rechtsnatur der versicherungsrechtlichen Obliegenheiten*, in: ZfV 1962, S. 4 ff.

¹⁴⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 19 VVG.

¹⁴¹ SIEG: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, S. 101.

¹⁴² HOFMANN: a.a.O., Kap. 2.4.2.3.

derart umfassenden Vorsorge anzuhalten, daß der Versicherungsgedanke letztlich seine Berechtigung verlieren könnte.

c) Die Begründung vertraglicher Obliegenheiten

Die in den §§ 6 und 32 VVG getroffenen Regelungen setzen bereits das Vorhandensein vertraglicher Obliegenheiten voraus¹⁴³, weshalb ihnen auch keine rechtliche Bedeutung hinsichtlich der Begründung solcher Verhaltenserwartungen zukommt. Rechtsdogmatisch ist unmittelbar der Versicherungsvertrag als Rechtsgrundlage solcher vertraglichen Verhaltenserwartungen anzusehen. Das im Einzelfall vom Versicherungsnehmer erwartete Verhalten kann dabei sowohl Gegenstand einer speziellen Individualvereinbarung sein, als auch in allgemeinen oder besonderen Versicherungsbedingungen statuiert werden. In der Regel sind vertragliche Obliegenheiten ausdrücklich festgelegt. Strittig ist jedoch, ob der Versicherungsnehmer vertragliche Obliegenheiten auch stillschweigend übernehmen kann.

Dafür spricht, daß der Versicherungsvertrag innerhalb der besonderen Schuldverhältnisse des bürgerlichen Rechts einen Vertragstyp "sui generis" darstellt¹⁴⁴, dessen Gegenstand auf die Übernahme bestimmter wirtschaftlicher Risiken gerichtet ist. Stellt man einen Vergleich zu den anerkannten BGB-Vertragstypen an, so drängt sich als vergleichbarer Vertragstyp der Garantievertrag auf, der auch eine Art Risikoübernahme, nämlich die Verpflichtung zur Schadenshaftung, falls der garantierte Erfolg nicht eintritt, enthält. Die sachliche naheliegende und rechtsdogmatisch bedenkenfreie Einordnung des Versicherungsvertrages ins bürgerlich-rechtliche Normensystem rechtfertigt es damit auch, die allgemein geltenden bürgerlich-rechtlichen Regelungen auch auf den Versicherungsvertrag grundsätzlich anzuwenden. Dem bürgerlichen Recht ist aber die stillschweigende inhaltliche Gestaltung rechtlicher Beziehungen nicht wesensfremd. Erforderlich ist nur, daß von einem bestimmten Verhalten der Vertragspartei auf einen bestimmten Erklärungsinhalt geschlossen werden kann,¹⁴⁵ also ein Indizienschluß möglich ist. Diese Grundsätze können zwar nicht unbesehen auf den Versicherungsvertrag übertragen werden, da diesem eine besondere Interessenlage zugrunde liegt. Hat der Versicherungsnehmer aber erkannt, daß der Versicherer an ein bestimmtes ihm zurechenbares Fehlverhalten eine Risikorestriktion anknüpfen will, dann gebietet es schon der Grundsatz von Treu und Glauben, daß er sich hieran festhalten läßt, wenn er seinen gegenteiligen Willen nicht erkennbar zum Ausdruck gebracht hat.

Vorbeugende, auf vertraglicher Grundlage beruhende Tunspflichten sind im wesentlichen in allen Versicherungszweigen anzutreffen. In der Kraftfahrversicherung ist beispielsweise die sogenannte Vewendungsklausel nach § 2 Abs. 2 a AKB zu nennen. Danach darf der Versicherungsnehmer das haftpflichtversicherte Fahrzeug nur zu dem im Versicherungsantrag angegebenen Zweck verwenden, will er den Versicherungsschutz nicht verlieren. Insoweit soll die mit der vertragswidrigen Verwendung potentiell gegebene Möglichkeit einer Gefahrerhöhung verhindert werden. Ferner kann in diesem Zusammenhang auch die sogenannte Führerschein-

¹⁴³ SCHULZ, EWALD: *Rechtsfragen der Versicherungspraxis*, 1977, S. 30.

¹⁴⁴ WERBER/WINTER: *Grundzüge des Versicherungsrechts*, 1986, Rdnr. 40.

¹⁴⁵ Münchener Kommentar, Bd. I vor § 116 Rdnr. 23 BGB.

klausel nach § 2 Abs. 2 c AKB genannt werden, die vom Fahrer des haftpflicht-versicherten Kraftfahrzeugs verlangt, daß er im Besitz der vorgeschriebenen Fahrerlaubnis ist.¹⁴⁶ Auch durch diese Verhaltensregel soll eine Gefahrerhöhung durch fährerscheinlose Benutzung des versicherten Fahrzeugs vermieden werden.¹⁴⁷

In der Einbruchsdiebstahl- und Raubversicherung wird vom Versicherungsnehmer in § 7 Abs. 1 a AERB verlangt, daß er alle gesetzlichen, behördlichen oder in dem Versicherungsvertrag vereinbarten Sicherheitsvorschriften beachtet. Auch hier werden Verhaltensanforderungen relativen Charakters aufgestellt, die den Eintritt einer Gefahr vermindern oder eine Gefahrerhöhung verhüten sollen.

Vertragliche Verhaltenserwartungen nach Eintritt des Versicherungsfalles haben in erster Linie den Zweck, eine sachgerechte Regulierung zu ermöglichen sowie die Folgen eines Versicherungsfalles soweit als möglich zu eliminieren. Ferner kommt diesen Verhaltensregelungen die Aufgabe zu, die Feststellung des Versicherungsfalles zu sichern, um so eine Ausweitung der Leistungspflicht des Versicherers, bedingt durch einen Beweismittelverlust, zu verhindern.¹⁴⁸ Werden nun solche Obliegenheiten vereinbart, ist ihre wesentliche Funktion darin zu sehen, die, lediglich als *leges imperfecta* ausgestalteten §§ 33 und 34 VVG¹⁴⁹ näher zu konkretisieren oder zu modifizieren.

Möglich ist es aber auch, völlig neue Verhaltensregelungen zu vereinbaren. Als Beispiel können die Untersuchungspflichten nach §§ 9 Abs. 3 MBKK, 15 Abs. 6 Buchst. A AUB oder die Pflicht des Versicherungsnehmers, dem Versicherer die Führung eines gegen den Versicherungsnehmer angestrebten Haftpflichtprozesses zu überlassen, § 7 Abs. 2 Nr. 5 AKB genannt werden. Da die in den §§ 62, 63 VVG geregelte Schadensabwendungs- und -minderungspflicht schon aus rechtssystematischen Gründen nur für die verschiedenen Arten der Nichtpersonenversicherungen gilt, sind entsprechende Verhaltenspflichten im Bereich der sogenannten Personenversicherungen¹⁵⁰ teils auf gesetzlicher Basis wie in § 182 VVG, teils auf vertraglicher Basis – beispielsweise § 15 Ziffer 2 Abs. 3, 6 AUB; § 9 Abs. 4 MBKK – geschaffen worden.

Die Vereinbarung vertraglicher Obliegenheiten stellt für den Versicherer aber nicht die einzige Möglichkeit dar, seine Leistungspflicht auf das von ihm übernommene Risiko zu begrenzen. Zur Bestimmung des von ihm zu tragenden wirtschaftlichen Risikos bietet sich auch eine tatbestandsmäßige Umschreibung der Leistungsvoraussetzungen¹⁵¹ an, die in Form primärer oder sekundärer Risikobeschränkungen erfolgen kann.¹⁵² In diesen Fällen wird auch oft von Gefahrausschluß- oder Gefahrumstandsklauseln gesprochen.¹⁵³ Welche Form der Risikobeschränkung danach vorliegt, ist nicht immer leicht zu bestimmen, jedoch von praktischer Relevanz, da die Schutzbestimmungen – §§ 6, 15 a VVG – nur bei Obliegenheiten gelten. Für die Risikobeschränkung reicht es hingegen aus, daß der Ausschlußtatbestand objektiv

¹⁴⁶ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 32 Anm. 46 VVG.

¹⁴⁷ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 32 Anm. 44 VVG.

¹⁴⁸ HOFMANN: a.a.O., 2.4.2.4.

¹⁴⁹ SIEG: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, S. 137; WEBER/WINTER: a.a.O., Rdnr. 309.

¹⁵⁰ Das sind Krankenversicherungs-, Unfall- und Lebensversicherungen.

¹⁵¹ WEYERS: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, Rdnr. 352.

¹⁵² SIEG: *Obliegenheiten*, S. 106 ff.

¹⁵³ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 12 VVG.

vorliegt. Dies führt dann automatisch und unbeschränkt zum Verlust des Versicherungsschutzes. Verschulden und Kausalität spielen insoweit keine Rolle mehr.¹⁵⁴ Wird dennoch eine bestimmte Regelung, die der Sache nach eine Obliegenheit darstellt, in die Form eines Risikoausschlusses gekleidet, so bedeutet das eine Umgehung des § 15 a VVG, der bei vertraglichen Obliegenheiten den Schutz des § 66 VVG gewährleisten soll. Dies zu verhindern, ist ein Teilaspekt des hier bestehenden Abgrenzungsproblems. Auch in prozessualer Hinsicht ist diese Unterscheidung von Bedeutung, nämlich für die Frage der Beweislast. Während bei einer Obliegenheitsverletzung der Versicherer darlegungs- und beweispflichtig ist, trifft bei Risikoausschlüssen den Versicherungsnehmer die Darlegungs- und Beweislast dafür, daß der Schaden vom Ausschlußtatbestand nicht erfaßt wird.

In Ungarn

Die Regeln des Versicherungsvertrages enthält das Kapitel XLV des ungarischen Bürgerlichen Gesetzbuches (Ptk.). Das Versicherungsrecht ist an sich auch ein sehr umfangreicher Teil des ungarischen Privatrechts, daher kann hier nicht auf alle Einzelheiten eingegangen werden, vor allem deswegen, weil die Bestimmungen des Ptk. den Statuten und inneren Regelungen sowie allgemeinen Vertragsbedingungen der einzelnen Versicherungsgesellschaft ziemlich viel freien Spielraum lassen. Hier handelt es sich also nur von Rahmenbestimmungen, die aber schon die Grundzüge des privaten Versicherungsrechtes gut abzeichnen.

Von den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels darf das Versicherungsreglement und der Vertrag der Parteien gemäß § 566 Ptk. ohne ausgesprochene Erlaubnis des Gesetzes nicht zum Nachteil des Versicherten bzw. des Begünstigten abweichen. Das Reglement kann jedoch besagen, daß der Versicherer nicht erfüllen muß, wenn der Versicherungsfall in Verbindung mit bestimmten außerordentlichen Umständen eintritt. Für die Transportversicherung können abweichende Regeln festgelegt werden; auf die Rückversicherung sind die Regeln der Sachversicherung anzuwenden, doch können die Parteien von diesen Regeln abweichen. Die Haftpflichtversicherung sowie die Regeln der in einem gesonderten Gesetz geregelten Versicherung mit einem nicht marktfähigen Risiko kann eine Rechtsvorschrift abweichend vom Gesetz festlegen.

1. Obliegenheiten vor Vertragsschluß

Nach § 536 Ptk. verpflichtet sich der Versicherer aufgrund eines Versicherungsvertrags, in Abhängigkeit vom Eintreten eines bestimmten zukünftigen Ereignisses (Versicherungsfalles) zur Zahlung einer bestimmten Summe oder zur Erfüllung anderer Leistungen und der Versicherte bzw. eine andere Vertragspartei zur Zahlung einer Prämie. Ein Versicherungsfall kann insbesondere sein:

- a) der im Vertrag festgelegte Schadensfall;

¹⁵⁴ HOEGEN, DIETER: *Neuere höchstrichterliche Rechtsprechung im Versicherungsvertragsrecht*, 5. Aufl., 1988, S. 11; PRÖLSS: *Obliegenheiten*, S. 309 ff.

- b) das Eintreten des Todes bzw. das Erreichen eines bestimmten Lebensalters;
- c) der eine körperliche Verletzung, Behinderung oder den Tod verursachende Unfall.

§ 537 Ptk. bestimmt, daß der Versicherungsvertrag mit der schriftlichen Vereinbarung der Parteien zustande. oder wenn der Versicherer zum Antrag innerhalb von fünfzehn Tagen keine Erklärung abgibt. In diesem Fall kommt der Vertrag rückwirkend zum Zeitpunkt der Übergabe des Antrags an den Versicherer oder seinen Vertreter zustande. Wenn der Inhalt der Police vom Antrag der Partei abweicht und die Abweichung durch die Parte innerhalb von fünfzehn Tagen nicht beanstandet wird, kommt der Vertrag gemäß § 538 laut dem Inhalt der Police zustande.

Verpflichtet ist der Versicherungsnehmer zunächst zur Zahlung der Prämie. Nach § 539 Ptk. tritt die Versicherung einen Tag, nachdem die Vertragspartei die erste Prämie auf das Konto oder bei der Kasse des Versicherers eingezahlt hat bzw. in bezug auf die Zahlung der Prämie ein Aufschub vereinbart wurde oder der Versicherer seinen Anspruch auf die Prämie auf dem Gerichtswege geltend macht, in Kraft.

§ 540 Ptk. bestimmt, daß der Versicherte dem Versicherer beim Vertragsabschluß jeden, vom Gesichtspunkt der Übernahme der Versicherung wesentlichen Umstand mitteilen muß, der ihm bekannt ist oder den er kennen mußte. Mit den auf die schriftlich gestellten Fragen des Versicherers gegebenen und der Wahrheit entsprechenden Antworten kommt die Partei ihrer Mitteilungspflicht nach. Die Fragen unbeantwortet zu lassen bedeutet allein noch nicht die Verletzung der Mitteilungspflicht.

Einen Sachversicherungsvertrag darf nach § 548 Ptk. nur derjenige abschließen, der an der Bewahrung eines Vermögensgegenstandes interessiert ist oder der den Vertrag zugunsten einer interessierten Person abschließt. § 549 Ptk. schreibt vor, daß die Versicherungssumme den wirklichen Wert des versicherten Vermögensgegenstandes nicht übersteigen darf. Die Vereinbarung der Versicherungssumme für einen den wirklichen Wert des Vermögensgegenstandes übersteigenden Teil ist nichtig und die Prämie muß entsprechend gesenkt werden. Diesen Bestimmungen entgegen kann auch ein Versicherungsvertrag für den zu erwartenden Wert eines Vermögensgegenstandes und ferner bis zur Höhe des Wertes seiner Wiederherstellung bzw. einer Anschaffung im Neuzustand abgeschlossen werden.

2. Obliegenheiten zwischen Vertragsschluß und Versicherungsfall

Nach § 540 Abs. 2 Ptk. können die Parteien vereinbaren, daß der Versicherte und die Vertragspartei eine Änderung der im Vertrag festgelegten wesentlichen Umstände des Versicherers in einer angemessenen Frist schriftlich melden müssen.

Verpflichtet ist der Versicherte weiterhin zur Zahlung der vereinbarten Prämien. Bei Sachversicherungen behält der Vertrag gemäß § 552 Ptk. bei Zahlung nur eines Teils der fälligen Prämie mit unveränderter Versicherungssumme – für einen im Verhältnis zur gezahlten Prämie stehenden Zeitraum seine Gültigkeit. Wenn der Vertrag wegen der Nichtzahlung der Prämie aufgehoben wird, kann der Versicherer laut Reglement die Zahlung des Laufzeitschlags fordern.

Der Versicherte ist zudem verpflichtet, den Versicherer über wesentliche Umstände zu informieren, die für die Gestaltung des Vertragsverhältnisses von Bedeutung sind.

Bei Lebensversicherungen gilt gemäß § 563 Abs. I Ptk., daß der Versicherer, der von den bereits bei Vertragsabschluß bestehenden wesentlichen Umständen erst später Kenntnis erlangt, die sich daraus ergebenden Rechte nur in den ersten fünf Jahren des Bestehens des Vertrages ausüben. Nach Abs. 2 tritt der Verletzung der Mitteilungspflicht zum Trotz die Pflicht des Versicherers ein, wenn vom Abschluß des Vertrages bis zum Eintreten des Versicherungsfalles bereits fünf Jahre vergangen sind.

3. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

Das Eintreten des Versicherungsfalles ist dem Versicherer nach § 544 Ptk. in der im Reglement festgelegten Zeit anzumelden, die notwendigen Auskünfte sind zu erteilen und die Kontrolle des Inhalts der Anmeldung und der Auskünfte ist zu ermöglichen.

Für Sachversicherungen bestimmt § 555 Ptk. ausdrücklich, daß der Versicherte den Schaden nach Kräften mindern muß. Die Parteien können die Aufgaben des Versicherten bei der Schadensvermeidung und Schadensminderung vereinbaren. Die Kosten der Schadensminderung trägt auch dann der Versicherer, wenn die Schadensminderung zu keinem Ergebnis geführt hat. (g) Wenn die Versicherungssumme geringer ist, als der Wert des Vermögensgegenstandes, muß der Versicherer die Kosten der Schadensminderung in einem solchen Verhältnis erstatten, wie die Versicherungssumme im Verhältnis zum Wert des Vermögensgegenstandes steht.

Nach dem Eintreten des Versicherungsfalles darf der Versicherte gemäß § 557 Ptk. am Zustand des versicherten Vermögensgegenstandes in der durch das Reglement festgelegten Frist nur insofern etwas ändern, wie das zur Schadensminderung notwendig ist. Wenn infolge einer Veränderung, die das erlaubte Ausmaß überschreitet, für den Versicherer die Klärung von Umständen unmöglich wurde, die vom Gesichtspunkt der Beurteilung seiner Zahlungspflicht wesentlich sind, tritt seine Pflicht nicht ein.

Wenn der Versicherer den Schaden erstattet hat, stehen ihm nach § 558 Ptk. die Rechte zu, die dem Versicherten gegenüber der für den Schaden verantwortlichen Person zustanden, es sei denn, daß diese ein mit dem Versicherten in einem gemeinsamen Haushalt lebender Angehöriger ist. Wenn das auf die Erstattung des Schadens gerichtete Recht nur teilweise auf den Versicherer übergeht und der Versicherer gegen die für den Schaden verantwortliche Person Klage erhebt, muß er auf Wunsch des Versicherten zugleich auch dessen Anspruch geltend machen. Die Geltendmachung des Anspruchs des Versicherten kann der Versicherer vom Vorschuß der Unkosten abhängig machen. Wenn der Versicherer und der Versicherte im selben Verfahren ihre Ansprüche geltend machen und der als Schadenersatz eingehende Wert nicht beider Forderungen deckt, genießt der Versicherte Vorrang. Wenn der versicherte Vermögensgegenstand wieder auftaucht, kann der Versicherte einen Anspruch darauf erheben; in diesem Fall jedoch ist die Entschädigungssumme zurückzuzahlen.

a) Zusätzliche Sanktionsvoraussetzungen bei Obliegenheitsverletzungen

Ein Sanktionssystem, das allein an den Obliegenheitsverstoß als solchen anknüpft, hat der Gesetzgeber des VVG als unbillig und daher unangemessen angesehen. Um das versicherte Risiko sachgerecht zu verteilen, hat er die Sanktion von Obliegen-

heitsverstößen von weiteren Voraussetzungen abhängig gemacht. Diesen Kriterien kann dabei im Versicherungsvertragsrecht durchaus der Charakter struktur-bildender Wesensmerkmale beigemessen werden, da sie Ausdruck eines allgemeinen zivilrechtlichen Grundprinzips sind, welches besagt, daß derjenige, der einen Nachteil bzw. Schaden erleidet, diesen nur dann auf einen Dritten abwälzen kann, wenn den Dritten gerade für diesen Schaden eine besondere Verantwortung trifft. Rechtstheoretisch ist dies als Ausdruck des allgemeinen Gerechtigkeitstopos der ausgleichenden Gerechtigkeit anzusehen.

b) Das Verschuldensprinzip

Für vertragliche Obliegenheitsregelungen ist in § 6 Abs. 1 Satz 1, 2 und Abs. 3 VVG ausdrücklich bestimmt, daß bei Obliegenheitsverletzungen das Verschuldens-erfordernis zu beachten ist. Die in § 6 VVG getroffene Regelung findet aber bei gesetzlichen Obliegenheiten grundsätzlich keine Anwendung.¹⁵⁵ Daher ist bei diesen Obliegenheiten darauf abzustellen, inwieweit der Gesetzgeber das Verschuldensprinzip in der gesetzlichen Obliegenheitsregelung selbst verankert hat. Soweit der Gesetzgeber von einer solchen Regelung abgesehen hat, ist dies als Ausdruck seines legislativen Willens zu interpretieren, hier dem Verschuldensprinzip keine sanktionsbegrenzende Wirkung beizumessen. Etwas anderes gilt nur hinsichtlich solcher gesetzlichen, aber rechtsfolgenlosen Obliegenheiten, die durch vertragliche Rechtsfolgevereinbarungen ergänzt werden können und auch ergänzt worden sind. Hier hält es die herrschende Meinung¹⁵⁶ für sachgerecht, das in § 6 VVG normierte Verschuldensprinzip anzuwenden. In der Regel macht aber bereits das VVG die Sanktion gesetzlicher Obliegenheitsverletzungen von einem schuldhaften Handeln des Versicherungsnehmers abhängig.

Dem Versicherungsvertragsrecht, als einem Teilbereich des Zivilrechts, liegen die Schuldkategorien Vorsatz und Fahrlässigkeit, die die persönliche Verantwortlichkeit des einzelnen für sein Handeln zum Gegenstand haben, zugrunde.¹⁵⁷ Vorsätzliches Handeln seitens des Versicherungsnehmers erfordert danach eine gewollte Obliegenheitsverletzung, die zudem in dem Bewußtsein erfolgt, daß eine entsprechende Verhaltensnorm existiert.¹⁵⁸ Aufgrund der eher restriktiven Rechtsprechung des BGH¹⁵⁹ soll aber nicht jede vorsätzliche Verletzung einer Obliegenheit schlechthin zur Leistungsfreiheit des Versicherers führen. Der Entzug des Versicherungsschutzes läßt sich nur dann rechtfertigen, wenn der Verstoß geeignet war, die berechtigten Interessen des Versicherers ernsthaft zu gefährden, und dem Versicherungsnehmer der Vorwurf groben Verschuldens gemacht werden kann. Dies wird als Relevanz-Rechtsprechung bezeichnet.

Fahrlässig handelt dagegen nach § 276 Abs. 1 Satz 2 BGB, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer acht läßt. Von einem grob fahrlässigen Verhalten kann in

¹⁵⁵ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 1 VVG.

¹⁵⁶ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 1 VVG; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 25 m.w.N.; BGH VersR 1951, S. 67 f.

¹⁵⁷ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 12 VVG; WILKENS: a.a.O., S. 83; BGH VersR 1966, S. 1150.

¹⁵⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 28 VVG; PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 12 VVG; WEBER/WINTER: a.a.O., Rdnr. 284; BGH VersR 1955, S. 340 f.; 1958, S. 389 f.

¹⁵⁹ BGH VersR 1982, S. 182 f.; 1983, S. 674.

diesem Zusammenhang aber erst gesprochen werden, wenn die gebotene Sorgfalt in besonders hohem Maße außer acht gelassen¹⁶⁰ bzw. das unberücksichtigt gelassen wird, was unter den gegebenen Umständen jedem hätte einleuchten müssen.¹⁶¹ So ist zum Beispiel ein grob fahrlässiges Verhalten darin zu sehen, wenn der Versicherungsnehmer allgemeine Versicherungsbedingungen nicht zur Kenntnis nimmt.¹⁶² Der Sorgfaltsmaßstab bestimmt sich dabei nach der Gruppe derjenigen Versicherten, welchen der Versicherungsnehmer zugerechnet werden kann.¹⁶³

Soweit es sich um gesetzliche Obliegenheiten handelt, richtet sich der Grad des Verschuldens nach der im Gesetz jeweils vorausgesetzten Schuldform. Bei den vertraglichen Obliegenheiten ist das Verschuldensprinzip in § 6 Abs. 1, 3 VVG als eine Art Mindestschutz festgeschrieben. Während § 6 Abs. 1 VVG bezüglich der Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles bereits einen leicht fahrlässigen Obliegenheitsverstoß ausreichen läßt, um die vereinbarte Verletzungsfolge der Leistungsfreiheit eintreten zu lassen, ist nach § 6 Abs. 3 VVG hinsichtlich der Obliegenheiten nach Vertragsschluß mindestens ein grob fahrlässiges Verhalten notwendig. Die Maßgeblichkeit des Erfüllungszeitpunktes im Hinblick auf die Abstufung des Verschuldensgrades wird auch hier damit begründet, daß der mit Eintritt des Versicherungsfalles in der Regel entstandene Versicherungsanspruch dem Versicherungsnehmer nur mehr unter erschwerten Voraussetzungen wieder entzogen werden können soll.¹⁶⁴ Stärkere Überzeugungskraft dürfte aber dem Argument zukommen, das die physische Verfassung des Versicherungsnehmers in den Vordergrund stellt. Danach wird eine situativ bedingte Erregung oft als Grund dafür anzusehen sein, daß der Versicherungsnehmer leicht fahrlässig bestimmte Verhaltensanforderungen mißachtet. Da aber der Versicherungsfall in aller Regel mitursächlich für dieses Verhaltensdefizit ist, wird dies als Rechtfertigung dafür angesehen werden können, den Verstoß dem Versicherungsnehmer zumindest nicht alleine anzulasten.¹⁶⁵

c) Das Kausalitätserfordernis

Das Merkmal der Kausalität betrifft den ursächlichen Zusammenhang zwischen einem bestimmten Verhalten und dem eingetretenen Erfolg. Gegenstand der Kausalitätsfrage ist also die objektive Verknüpfung zweier Größen, bezogen auf die privatversicherungsrechtliche Obliegenheitsordnung, also der Zusammenhang zwischen der Obliegenheitsverletzung einerseits und den die Leistungspflicht auslösenden Umständen andererseits.

Der im Schuldrecht geltende Grundsatz, daß die Verletzung gesetzlicher oder vertraglicher Pflichten grundsätzlich nur dann nachteilige Folgen hat, wenn der Pflichtenverstoß darüber hinausgehende Folgen verursacht hat, wurde im Versicherungsrecht erst nach und nach anerkannt. Ein geschichtlicher Rückblick zeigt, daß die Rechtsprechung des Reichsgerichts¹⁶⁶ von der Vorstellung beherrscht war, daß eine

¹⁶⁰ BGH VersR 1952, S. 117 f.; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 31 VVG.

¹⁶¹ BGH VersR 1959, S. 370 f.; 1960, S. 626.

¹⁶² BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 33 m.w.N.

¹⁶³ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 12 VVG.

¹⁶⁴ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 25 VVG.

¹⁶⁵ WEYERS: a.a.O., S. 464.

¹⁶⁶ RG Urteil vom 12.03.1926 in: JW 1926, S. 1972 f. = VA 1976, S. 301 f.

Obliegenheitsverletzung unabhängig davon zum Deckungsverlust führen sollte, ob ein Kausalzusammenhang zwischen der Obliegenheitsverletzung und dem Eintritt der Regulierung des Versicherungsfalles bestand.¹⁶⁷

In späteren Entscheidungen¹⁶⁸ gelangte dann das Reichsgericht zu der Erkenntnis, daß das Versicherungsverhältnis in besonderem Maße den Geboten von Treu und Glauben unterworfen ist. Damit wurde es aber als unvereinbar angesehen, wenn die schwerwiegenden Rechtsfolgen, die ein Obliegenheitsverstoß auslösen kann, den Versicherungsnehmer unabhängig davon treffen, ob sein Fehlverhalten auf den Eintritt bzw. den Umfang des Versicherungsfalles von Einfluß war. Das Postulat einer ausgewogenen und gerechten Risikoverteilung, das seine Wurzeln im Gedanken der Verkehrsgerechtigkeit hat, verlangt vielmehr eine differenzierende Regelung, die auch den Schutzinteressen des Versicherungsnehmers angemessen Rechnung trägt. Vor diesem Hintergrund ging der Gesetzgeber immer mehr dazu über, neben dem Verschuldensprinzip auch den Kausalzusammenhang zur Voraussetzung für die Sanktionierung von Obliegenheitsverletzungen zu machen. Dem stimmte die Literatur¹⁶⁹ überwiegend zu. Als Ergebnis kann insoweit festgehalten werden, daß nunmehr auch im Privatversicherungsrecht die Notwendigkeit eines Kausalzusammenhangs zwischen dem Obliegenheitsverstoß und dem Eintritt bestimmter Folgen des Versicherungsfalles als Rechtsfolgenvoraussetzung weitgehend anerkannt ist.

d) Vor Eintritt des Versicherungsfalles

Verletzt der Versicherungsnehmer vor Eintritt des Versicherungsfalles eine Obliegenheit, kann der Versicherer daraus nur dann Rechte herleiten, wenn der betreffende Verstoß den Eintritt des Versicherungsfalles oder den Umfang der vom Versicherer zu erbringenden Leistung beeinflusst hat.¹⁷⁰ Danach muß zwischen dem Verhalten des Versicherungsnehmers und der Leistungspflicht des Versicherers ein gewisser ursächlicher Zusammenhang bestehen, der als sachliche Rechtfertigung für den Eintritt einer bestimmten Rechtsfolge herangezogen werden kann. Der BGH hält es für ausreichend, wenn die Obliegenheitsverletzung nur eine von mehreren Ursachen war, denn auch hier hat das Verhalten des Versicherungsnehmers dazu beigetragen, daß eine Gefahr eintritt, vor deren Folgen die Erfüllung der Verhaltensanforderung den Versicherer gerade schützen sollte.

Nach der in § 21 VVG getroffenen Regelung hat der nach Eintritt des Versicherungsfalles erfolgte Rücktritt des Versicherers nur dann leistungsbefreiende Wirkung, wenn der vom Versicherungsnehmer nicht oder falsch angezeigte Umstand zumindest mitursächlich für den Eintritt des Versicherungsfalles oder den Umfang der Leistungspflicht des Versicherers war.¹⁷¹ Soweit der Versicherungsnehmer die Gefahrerhöhung verschuldet hat, ist der Versicherer nach § 25 Abs. 3 VVG nur dann von seiner Leistung befreit, wenn die Gefahrerhöhung auf den Eintritt des

¹⁶⁷ WEYERS: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, Rdnr. 337; Deutsch, a.a.O., Rdnr. 206.

¹⁶⁸ RGZ 146, S. 221 f.; 148, S. 298 ff.; auch BGHZ 40, S. 337 f.

¹⁶⁹ DEUTSCH: a.a.O., Rdnr. 206; SIEG: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, S. 106; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 37 VVG.

¹⁷⁰ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 38 VVG.

¹⁷¹ BGH VersR 1955, S. 731 ff; OLG Frankfurt VersR 1980, S. 449.

Versicherungsfalles oder den Umfang der Leistung des Versicherers Einfluß gehabt hat. Diese Voraussetzung wird als erfüllt angesehen, solange der Versicherungsnehmer eine mögliche Mitursächlichkeit der vorgenommenen Gefahrerhöhung bei Eintritt des Versicherungsfalles oder den Umfang des Schadens nicht ausschließen kann.¹⁷² Dasselbe gilt nach § 28 Abs. 2 Satz 2 VVG auch für den Fall einer unterlassenen Anzeige bei nicht selbst veranlaßter Gefahrerhöhung.

Auch im Bereich der vertraglichen Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles ist das Kausalitätserfordernis, wie § 6 Abs. 2 VVG zeigt, als Rechtsfolgevoraussetzung positiv-rechtlich normiert. Jedoch hat es eine gegenständliche Beschränkung auf solche Obliegenheiten erfahren, die zum Zwecke der Verminderung der Gefahr oder der Verminderung einer Gefahrerhöhung zu erfüllen sind.¹⁷³ Fehlt es hier am erforderlichen Ursachenzusammenhang, bleibt die Leistungspflicht des Versicherers bestehen, das heißt, der Versicherungsnehmer verliert seinen Versicherungsschutz nicht. Dies gilt auch dann,¹⁷⁴ wenn der Versicherungsnehmer vorsätzlich einer Verhaltensanforderung nicht nachgekommen ist. Darin kommt deutlich zum Ausdruck, welche wichtige Funktion dem Kausalitätsprinzip im Hinblick auf die Kontinuität des Versicherungsschutzes im Rahmen der gesetzlich formulierten Verhaltensanforderungen zukommt.

e) Nach Eintritt des Versicherungsfalles

Obliegenheitsverletzungen nach Eintritt des Versicherungsfalles sind insoweit mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden, als der Verstoß die Feststellung des Versicherungsfalles oder die Feststellung bzw. den Umfang der vom Versicherer zu erbringenden Leistung beeinflußt hat.¹⁷⁵ Für die gesetzlich geregelten sogenannten Rettungspflichten wird dies in § 62 Abs. 2 Satz 2 VVG dadurch zum Ausdruck gebracht, daß der Versicherer nur insoweit zur Leistung verpflichtet bleibt, als der Umfang des Schadens auch bei gehöriger Erfüllung der Verhaltensanforderungen nicht geringer wäre. Für den Bereich der vertraglichen Obliegenheiten hat der Kausalitätsgedanke aufgrund der in § 6 Abs. 3 Satz 2 VVG getroffenen Regelung Eingang ins Versicherungsverhältnis gefunden. Danach bleibt auch hier der Versicherer nur insoweit zur Leistung verpflichtet, als die Verletzung der Verhaltensanforderung weder auf die Feststellung des Versicherungsfalles noch auf die Feststellung oder den Umfang der dem Versicherer obliegenden Leistung Einfluß gehabt hat.

Während im Zusammenhang mit den Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles ein undifferenzierter Kausalitätsmaßstab angewandt wird, ist es für die Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles aber nicht allein ausschlaggebend, ob der Verstoß kausal war, sondern auch, in welchem Umfang er es war. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, daß den Versicherungsnehmer die Folgen eines Obliegenheitsverstoßes nur insoweit treffen sollen, als dieser ursächlich für die Leistungspflicht des Versicherers war.

¹⁷² BGH VersR 1968, S. 590 f.

¹⁷³ BGH VersR 1952, S. 428 f.

¹⁷⁴ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 38 VVG.

¹⁷⁵ §§ 6 Abs. 2 Satz 2, 62 Abs. 2 Satz 2 VVG.

Hinzu kommt, daß der Versicherer im Rahmen der §§ 6 Abs. 3 Satz 2, 62 Abs. 2 Satz 2 VVG trotz grob fahrlässiger Verletzung einer Obliegenheit durch den Versicherungsnehmer dennoch zur Leistung verpflichtet bleibt, sofern es an einem kausalen Obliegenheitsverstoß fehlt. Dem vorsätzlich handelnden Versicherungsnehmer soll diese Begünstigung allerdings nicht zugute kommen.¹⁷⁶ Danach kann dem Merkmal der Kausalität eine gewisse Schutzfunktion hinsichtlich der Erhaltung des Versicherungsschutzes nicht abgesprochen werden. Dagegen schützen die §§ 6 Abs. 2, 21, 25 Abs. 3, 28 Abs. 2 Satz 2 VVG den Versicherungsnehmer auch dann, wenn er vorsätzlich handelte.

Dies ist darauf zurückzuführen, daß hier die Rechtsprechung¹⁷⁷ Korrektive entwickelt hat, die dem Kausalitätserfordernis sehr nahe kommen. So muß der Versicherer den Versicherungsnehmer bei der Schadensregulierung ausdrücklich darüber belehren, daß vorsätzlich falsch gemachte Angaben zum Verlust des Versicherungsschutzes führen. Tut er das nicht, kann der Versicherungsnehmer die Arglistenrede erheben, sofern sich der Versicherer auf die Leistungsfreiheit beruft, obwohl ihm durch die falschen Angaben letztlich kein Nachteil entstanden ist.¹⁷⁸ Konnte eine solche Belehrung nicht erfolgen, bleibt der Versicherer gleichwohl zur Leistung verpflichtet, wenn der Verstoß des Versicherungsnehmers objektiv und subjektiv ohne Relevanz für den Versicherer war.¹⁷⁹ Noch einen Schritt weiter geht die Entscheidung des BGH im Urteil vom 16.01.1970.¹⁸⁰ Handelt es sich danach bloß um einen minderen Verstoß, dann wird trotz vorhandener Kausalität zwischen der Obliegenheitsverletzung und dem eingetretenen Nachteil auf seiten des Versicherers die Rechtsfolge der Leistungsbefreiung als unvertretbare Sanktion angesehen.

All dies zeigt, daß der Gesichtspunkt der Kausalität im System der Rechtsfolgevoraussetzungen bei Obliegenheitsverletzungen immer mehr an Bedeutung gewinnt und diesem Merkmal im Rahmen der Rechtsfolgevoraussetzungen durchaus strukturbildender Charakter beizumessen ist.

f) Das Klarstellungserfordernis

Im Rahmen bestehender Versicherungsverhältnisse ist auch der Fall denkbar, daß ein Versicherungsnehmer gegen eine vor Eintritt des Versicherungsfalles zu erfüllende Obliegenheit verstoßen hat, die es dem Versicherer nach Eintritt des Versicherungsfalles gestattet hätte, sich auf Leistungsfreiheit zu berufen oder sich vom Vertrag zu lösen. Die bestehende Ungewißheit hinsichtlich der Folgen des Obliegenheitsverstoßes für einen späteren Eintritt des Versicherungsfalles könnte den Versicherer zunächst dazu veranlassen, zwecks weiterer Prämieinzahlung vorerst nichts zu veranlassen, um die künftige Entwicklung des Versicherungsverhältnisses und damit des Obliegenheitsverstoßes erst einmal abzuwarten.

Um zu verhindern, daß der Versicherer den Versicherungsnehmer weiter hinsichtlich der Prämienzahlung in Anspruch nimmt, sich aber gleichzeitig die Kündigungs-

¹⁷⁶ WEYERS: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, Rdnr. 336.

¹⁷⁷ Beispielsweise VersR 1970, S. 410 f.; OLG Hamm VersR 1971, S. 214.

¹⁷⁸ BGHZ 47, S. 101, 108.

¹⁷⁹ BGH VersR 1969, S. 651; 1970, S. 410 f.

¹⁸⁰ BGHZ 53, S. 160, 164.

gründe in der Hinterhand behält, um auf sie in einem geeigneten Zeitpunkt zurückgreifen zu können,¹⁸¹ verlangt das Gesetz¹⁸² von ihm, daß er klarstellt, ob er aus der Obliegenheitsverletzung des Versicherungsnehmers Konsequenzen ziehen will oder nicht.¹⁸³ Will er dies, so muß er innerhalb einer Ausschußfrist von einem Monat nach Kenntniserlangung von der Obliegenheitsverletzung kündigen oder vom Vertrag zurücktreten. Andernfalls führt dies nicht nur zum Erlöschen des Kündigungs- bzw. Rücktrittsrechts, sondern sogar dazu, daß er sich nicht mehr auf die vereinbarte Leistungsfreiheit berufen kann.¹⁸⁴ Die darin liegende, rechtliche Beschränkung der Geltendmachung von Obliegenheitsverletzungen wird mit dem Begriff "Klarstellungserfordernis" umschrieben.¹⁸⁵

Der BGH¹⁸⁶ vertritt die Ansicht, daß der Versicherer die Pflicht hat, zu kündigen, wenn er sich erfolgreich auf die Befreiung von der Leistungspflicht berufen will, und zwar unabhängig davon, ob der Versicherungsfall mehr als einen Monat nach Kenntniserlangung, innerhalb eines Monats nach Kenntniserlangung oder vor Kenntniserlangung von dem Verstoß eintritt. Ausnahmsweise wird eine Kündigung aber dann für entbehrlich gehalten, wenn der Versicherungsvertrag durch den dauernden und vollständigen Wegfall des versicherten Interesses vor Ablauf der Kündigungsfrist gegenstandslos wird.¹⁸⁷

Die herrschende Literaturmeinung¹⁸⁸ bevorzugt dagegen eine differenzierende Betrachtungsweise. Nur dann, wenn der Versicherungsfall später als einen Monat nach Kenntnis von der Obliegenheitsverletzung eingetreten ist, sei die Leistungspflicht des Versicherers davon abhängig, daß er den Vertrag rechtzeitig, also innerhalb der Monatsfrist, gekündigt habe. Begründet wird dies damit, daß das Kündigungserfordernis vor spekulativen Verhaltensweisen des Versicherers schützen, nicht aber zu unerwünschten Vertragsauflösungen führen soll.¹⁸⁹ Letzteres ist aber immer dann der Fall, wenn vom Versicherer nur deshalb eine Kündigung verlangt wird, weil ein Versicherungsfall eingetreten ist.

Zumindest für den Fall, daß der Versicherer erst nach Schadenseintritt Kenntnis von der Obliegenheitsverletzung erlangt, dürfte das Festhalten am Kündigungserfordernis sachlich unangemessen sein. Etwas anderes gilt, wenn der Schaden innerhalb eines Monats nach Kenntniserlangung eintrat. Hier läuft bereits die einmonatige Überlegungsfrist, innerhalb derer sich der Versicherer für oder gegen eine Kündigung entscheiden kann. Untrennbar ist der Zusammenhang zwischen Kündigung und Leistungsfreiheit aber nur dann, wenn der Schaden mehr als einen

¹⁸¹ WEYERS: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, Rdnr. 344.

¹⁸² Für die vertraglichen Obliegenheiten hat der Gesetzgeber in § 6 Abs. 1 Satz 2, 3 VVG, für die gesetzlichen Obliegenheiten in §§ 20 Abs. 1, 24 Abs. 2, 25 Abs. 3 1. Halbsatz, 27 Abs. 1 Satz 2, 28 Abs. 2 Satz 2 VVG entsprechende Mißbrauchsschranken normiert.

¹⁸³ MÖLLER, HANS: *Übergesetzliche Hinweispflichten des Versicherers*, in: Festschrift für Klingmüller, 1974, S. 301 ff.

¹⁸⁴ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 42 VVG; WEBER/WINTER: a.a.O., Rdnr. 287.

¹⁸⁵ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6, Anm. 40 VVG.

¹⁸⁶ Beispielsweise in: VersR 1981, S. 186 f.; 195, S. 775 f.

¹⁸⁷ BGH VersR 1985, S. 775 f.

¹⁸⁸ CLAUS: *Obliegenheitsverletzungen und Verwirkung im Versicherungsrecht*, in: DRiZ 1958, S. 171 f.; EHRENZWEIG: a.a.O., S. 177 f.; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 43 VVG; PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 10 VVG.

¹⁸⁹ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 40 VVG.

Monat nach Kenntniserlangung eintrat.¹⁹⁰ Festzuhalten ist, daß das Klarstellungserfordernis funktionell nicht der tatbestandlichen Bestimmung rechtserheblicher Obliegenheitsverletzungen dient. Es verfolgt vielmehr das Ziel, Klarheit darüber zu gewinnen, ob der Versicherer einen rechtserheblichen Obliegenheitsverstoß zum Anlaß nehmen will, daraus für sich gewisse Sanktionsfolgen herzuleiten. Daher liegt es nahe, dieses Erfordernis lediglich als eine besondere Ausprägung oder gar nur als eine spezielle Bezeichnung der überkommenen Verwirkungsgrundsätze anzusehen.¹⁹¹

Sanktionierung von Obliegenheitsverletzungen

I. In Deutschland

Das Ausmaß der durch die Obliegenheitsverletzung eingetretenen Störung ist ausschlaggebend dafür, in welcher Weise reagiert werden muß, um letztlich einen interessengerechten Risikoausgleich zu erzielen. Allgemeine Regeln hierfür kennt das VVG nicht.¹⁹² Gleichwohl unterliegen nach § 6 VVG die vertraglichen Rechtsfolgevereinbarungen gewissen Schranken, was einerseits bei den vertraglich vereinbarten Obliegenheiten, andererseits aber auch solchen gesetzlichen Obliegenheiten von Bedeutung ist, für die das Gesetz keine oder nur eine unvollständige Rechtsfolgenanweisung enthält. Diese Vorschriften werden als *leges imperfectae* bezeichnet.

Herkömmlicherweise¹⁹³ wird zwischen Obliegenheitsverstößen mit Verwirkungsfolgen und solchen mit sonstigen Verletzungsfolgen unterschieden. Mit dem Begriff "Verwirkungsfolgen" soll zum Ausdruck gebracht werden, daß der Versicherungsnehmer unter bestimmten Voraussetzungen sein Recht, Versicherungsschutz in Anspruch nehmen zu können, ganz oder teilweise verlieren soll.

Es ist anerkannt, daß eine Obliegenheitsverletzung nur dann Verletzungsfolgen nach sich zieht, wenn diese auch geregelt, d.h. vertraglich vereinbart oder gesetzlich normiert worden sind. Die als vertraglich vereinbarte Verletzungsfolge geregelte Möglichkeit der Leistungsfreiheit als Sanktionsform aus § 6 Abs. 1 Satz 1, 3; Abs. 2, 3 VVG läßt die Wirksamkeit des Versicherungsvertrages, also dessen rechtlichen Bestand, unberührt,¹⁹⁴ sofern die Leistungsfreiheit nicht ausnahmsweise – wie in § 6 Abs. 1 Satz 3 VVG – eine vorausgehende Kündigung erfordert.¹⁹⁵ Da der Vertrag in diesem Fall rechtliche Grundlage für die Beziehung zwischen dem Versicherer und dem Versicherungsnehmer bleibt, besteht auch die Prämienzahlungspflicht des Versicherungsnehmers fort. Konkrete Auswirkungen hat die Leistungsfreiheit damit in der Regel nur auf die Risikotragung des Versicherers im konkreten Einzelfall. Die Leistungsfreiheit bewirkt, daß der Versicherer automatisch¹⁹⁶ von seiner Leistungs-

¹⁹⁰ HARTWIG: *Die Eigenverantwortung im Versicherungsrecht*, 1993, S. 229.

¹⁹¹ WERBER: a.a.O., S. 111.

¹⁹² WEYERS: a.a.O., Rdnr. 323.

¹⁹³ Vgl. BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 20 VVG.

¹⁹⁴ RGZ 130, S. 271, 275; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 20 VVG.

¹⁹⁵ PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 9 A b VVG.

¹⁹⁶ DEUTSCH: a.a.O., Rdnr. 211; BGH VersR 1974, S. 689 f.

pflicht befreit wird. Einer entsprechenden Willenserklärung des Versicherers bedarf es somit nicht.¹⁹⁷

Als weitere Sanktionsform, die aber den Verlust des Versicherungsschutzes als solchen zur Folge hat, ist die Kündigung zu nennen. Sie ist auf Beendigung des Versicherungsverhältnisses für die Zukunft gerichtet. Als vertraglich vereinbarte Verletzungsfolge hat sie in § 6 Anm. 1 Satz 2, 3 VVG und im Rahmen gesetzlich normierter Obliegenheiten beispielsweise in den §§ 24 Abs. 1 Satz 1, 27 Abs. 1, 30 Abs. 2 VVG eine Regelung erfahren. Anders als die Befreiung von der Leistungspflicht bedarf diese Verletzungsfolge jedoch einer rechtsgestaltenden Willenserklärung,¹⁹⁸ die die Beendigung des Versicherungsverhältnisses, allerdings für die Zukunft, zur Folge hat. Die Kündigungsmöglichkeit ist dabei im VVG grundsätzlich als außerordentliches Kündigungsrecht ausgestaltet, was darauf zurückzuführen ist, daß die Kündigung in der Regel vom Vorliegen eines Kündigungsgrundes abhängig gemacht wird, wofür die Regelungen in den §§ 6 Abs. 1 Satz 1 und 2, 24 Abs. 1 Satz 1, 27 Abs. 1 Satz 1 VVG als Beispiele dienen können.

Bei bestimmten Obliegenheitsverletzungen hat der Gesetzgeber auch, wie die §§ 16 Abs. 2 Sätze 2 und 3, 17 VVG zeigen, auf den Rücktritt als Beendigungsgrund zurückgegriffen. Das Gesetz steht dieser Form der Vertragsbeendigung aber eher restriktiv gegenüber. Dies ergibt sich bereits aus der Regelung in § 6 Abs. 4 VVG, wonach die Vereinbarung des Rücktrittsrechts als Sanktionsfolge einer Obliegenheitsverletzung unzulässig ist. Der Grund hierfür dürfte darin zu sehen sein, daß die rechtliche Wirkung des Rücktritts darin besteht, Vertragsverhältnisse in ein Rückgewährschuldverhältnis umzuwandeln.¹⁹⁹ Dies bedeutet, daß der Rücktritt, anders als die Kündigung, Rechtswirkungen auch für die Vergangenheit entfaltet, was auch in § 20 Abs. 2 Satz 2 VVG zum Ausdruck gebracht wird. Danach führt der Rücktritt nicht nur zum Erlöschen bestehender Leistungspflichten, sondern auch zur Wiederherstellung des Status quo ante.²⁰⁰ Im Unterschied zum BGB-Rücktritt wird jedoch am Prinzip der gegenseitigen Rückabwicklung nicht streng festgehalten. Nach § 40 Abs. 1 Satz 1 VVG kann der Versicherer beim Rücktritt wegen Verletzung der Anzeigepflicht gemäß §§ 16 und 17 VVG die Prämie bis zum Schluß der laufenden Versicherungsperiode behalten, was im Ergebnis auf eine Vertragsliquidation mit einseitiger Rückwirkung hinausläuft.²⁰¹ Vor diesem Hintergrund erscheint es berechtigt, dem Rücktritt als Sanktionsfolge von Obliegenheitsverletzungen eher Ausnahmecharakter beizumessen.

Soweit die Verletzung von Obliegenheiten mit dem Verlust des Versicherungsschutzes verbunden ist, es sich also um Verwirkungsfolgen handelt, ist auch die Vertragsfreiheit, insbesondere die diesbezügliche Gestaltungsfreiheit des Versicherers, stark eingeschränkt. Im Hinblick auf die mit dem Verlust des Versicherungsschutzes verbundenen, insbesondere wirtschaftlichen Nachteile, wollte der Gesetzgeber dem Versicherungsnehmer einen gewissen Mindestschutz gewährleisten, wie die §§ 15 a, 34 a VVG zeigen. Handelt es sich dagegen um Verletzungsfolgen, die für den

¹⁹⁷ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 20 VVG.

¹⁹⁸ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 8 Anm. 36 VVG.

¹⁹⁹ PALANDT-HEINRICHS: Einf. V. § 346, Anm. 1 b BGB; PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 20 Anm. 5 VVG.

²⁰⁰ ESSER-SCHMIDT: *Schuldrecht*, Band 1, Allgemeiner Teil, § 19 III:

²⁰¹ EHRENZWEIG: a.a.O., S. 89.

Versicherungsnehmer zwar nachteilig, jedoch nicht von so einschneidender Wirkung sind, wie dies beim Verlust des Versicherungsschutzes der Fall ist, gewinnt auch die Vertragsfreiheit wieder an Bedeutung. Als mögliche Sanktionsfolgen können in diesem Zusammenhang die Vereinbarung einer Vertragsstrafe oder die gesetzliche Zugangsfiktion nach § 10 Abs. 1 VVG²⁰² genannt werden. Diesen Verletzungsfolgen kommt aber nur eine untergeordnete Bedeutung zu.

Wird der Versicherer trotz der vom Gesetzgeber normierten Rechtsfolgebeschränkungen – Verschuldensprinzip, Kausalitätsprinzip – von seiner Leistungspflicht befreit, so stellt sich die Frage, in welchem Umfang sich Obliegenheitsverletzungen auf die Rechtsstellung von Versicherer und Versicherungsnehmer auswirken. Die Lösung, welche dem VVG in seiner ursprünglichen Fassung zugrunde lag, ging davon aus, daß der Versicherungsnehmer bei nachlässiger Risikobetreuung gänzlich den Anspruch auf die Versicherungsleistung verlieren sollte. Dafür kristallisierte sich der Begriff des Alles-oder-nichts-Prinzips heraus.²⁰³ Auch heute noch ist das Alles-oder-nichts-Prinzip, wie die Regelungen in den §§ 6 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1, 62 Abs. 2 Satz 1 VVG zeigen, in hohem Maße für das deutsche Privatversicherungsrecht kennzeichnend. Auch die zwischenzeitlich erfolgten gesetzlichen Novellierungen, die das Alles-oder-nichts-Prinzip nicht aufgehoben, sondern in bestimmten Fällen lediglich abgeschwächt haben,²⁰⁴ belegen dies. Solche Abschwächungen sind in den §§ 6 Abs. 3 Satz 2, 62 Abs. 2 Satz 2 zu finden, die das Alles-oder-nichts-Prinzip in einen gewissen Beziehungszusammenhang zu dem Verschuldensprinzip stellen.

Eine bedeutende Einschränkung hat das Alles-oder-nichts-Prinzip durch die sogenannte Relevanzrechtsprechung²⁰⁵ erfahren. Würde allein auf den Wortlaut der §§ 6 Abs. 3 Satz 1, 62 Abs. 2 Satz 1 VVG abgestellt, müßte auch eine folgenlose vorsätzliche Obliegenheitsverletzung zur Leistungsfreiheit führen. Dadurch entsteht aber der Eindruck, als wolle der Gesetzgeber den vorsätzlich handelnden Versicherungsnehmer bestrafen, da die Sanktion unabhängig davon eintreten soll, welche Folgen das vorsätzliche Verhalten auf die Gefahrrealisierung hatte. Dies veranlaßte die Rechtsprechung dazu, den Verlust des Versicherungsschutzes von weiteren Voraussetzungen abhängig zu machen, um so den Versicherungsnehmer vor willkürlichen bzw. unverhältnismäßigen Sanktionen zu schützen. Dieses Bestreben kommt in der Forderung zum Ausdruck, daß der Verstoß des Versicherungsnehmers objektiv und subjektiv relevant, d.h. von einigem Gewicht sein müsse²⁰⁶, wofür eine Gesamtwürdigung aller objektiven und subjektiven Gesichtspunkte maßgeblich ist. Nach neuerer Rechtsprechung ist dies nur dann zu bejahen, wenn der Verstoß generell geeignet ist, berechnete Interessen des Versicherers zu gefährden und dem Versicherungsnehmer insoweit ein erhebliches Verschulden zur Last fällt²⁰⁷, so daß sich der Verlust des Versicherungsschutzes als adäquate Reaktion darstellt.

²⁰² Nach dieser Vorschrift gilt eine Willenserklärung des Versicherers für den Fall, daß der Versicherungsnehmer seine Wohnung ändert, diese Änderung dem Versicherer aber nicht mitteilt, dann als zugegangen, wenn der Versicherer die Erklärung an die letzte bekannte Wohnungsadresse sendet.

²⁰³ MINNIER, ROLF PETER: *Das Alles-oder-nichts-Prinzip bei Obliegenheitsverletzungen im Privatversicherungsrecht*, Diss. Göttingen 1967.

²⁰⁴ BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 21 VVG.

²⁰⁵ BGH VersR 1982, S. 182 f.; 1978, S. 73 f. und andere.

²⁰⁶ BGHZ 53, S. 160, 164.

²⁰⁷ So beispielsweise OLG Köln VersR 1984, S. 378.

Eine weitere, den Versicherungsnehmer begünstigende Korrektur des Alles-oder-nichts-Prinzips versucht der BGH dadurch zu erreichen, daß er die in § 6 Abs. 2 VVG vorgegebene Beweislastkonstellation modifiziert.²⁰⁸ Dem Versicherungsnehmer wird es in der Regel nicht gelingen, den fehlenden Vorsatz zu beweisen, weshalb das Alles-oder-nichts-Prinzip schon bei vermutetem Vorsatz eingreifen würde. Nach Auffassung des BGH ist dies aber eine unangemessene Beweislastverteilung. Daher wird vom Versicherer verlangt, dem Versicherungsnehmer vorsätzliches Handeln nachzuweisen, wenn er sich auf die Leistungsfreiheit berufen möchte.

II. In Ungarn

Wenn der Versicherer erst nach dem Vertragsabschluß von wesentlichen, den Vertrag berührenden Umständen Kenntnis erlangt hat und wenn ihm ferner die Änderung von wesentlichen, im Vertrag festgehaltenen Umständen mitgeteilt wird, kann er gemäß § 541 Ptk. innerhalb von fünfzehn Tagen schriftlich einen Vorschlag zur Änderung des Vertrags unterbreiten bzw. – wenn er das Risiko im Sinne des Reglements nicht übernehmen kann – den Vertrag mit dreißigtägiger Frist schriftlich kündigen. Wenn der Versicherte den Änderungsvorschlag nicht annimmt oder darauf innerhalb von fünfzehn Tagen nicht antwortet, erlischt der Vertrag am dreißigsten Tag nach der Mitteilung des Änderungsvorschlages. Auf diese Folge muß der Versicherte bei der Unterbreitung des Änderungsvorschlages hingewiesen werden. Wenn der Versicherer von diesem Recht keinen Gebrauch macht, bleibt der Vertrag mit dem ursprünglichen Inhalt in Kraft.

Gemäß § 543 Ptk. erlischt der Vertrag mit Verstreichen des dreißigsten Tages nach Fälligkeit der Versicherungsprämie, wenn die ausstehende Prämie bis dahin nicht gezahlt worden ist und der Versicherte auch keinen Aufschub erhalten bzw. der Versicherer die Prämienforderung nicht auf dem Gerichtswege geltend gemacht hat. Der Versicherer kann die Auflösung des Vertrages und den Termin einer Geltendmachung auf dem Gerichtswege um weitere dreißig Tage hinausschieben, wenn er vor Ablauf von dreißig Tagen nach der Fälligkeit den Versicherten unter Mitteilung dieses Umstandes schriftlich zur Zahlung aufgefordert hat.

Bei Eintritt des Versicherungsfalls muß der Versicherer – wie dies § 553 Ptk. ausdrücklich für die Sachversicherung bestimmt – seine Leistung in der im Reglement festgelegten Zeit erfüllen. Wenn die Versicherungssumme geringer ist, als der Wert des Vermögensgegenstandes, muß der Versicherer den Schaden in Ermangelung einer entgegengesetzten Vereinbarung in einem solchen Verhältnis erstatten, wie die Versicherungssumme im Verhältnis zum Wert des Vermögensgegenstandes steht. Nach § 554 Ptk. sinkt die Versicherungssumme für das laufende Versicherungsjahr um die gezahlte Schadenersatzsumme, es sei denn, daß die Vertragspartei die Jahresprämie entsprechend ergänzt. Diese Bestimmung darf im Bereich der Haftpflicht- und der Unfallversicherung nicht angewendet werden.

Bei einer Verletzung der auf die Mitteilung bzw. die Anmeldung der Änderung gerichteten Pflicht tritt die Pflicht des Versicherers nach § 540 Abs. 3 Ptk. nicht ein, es

²⁰⁸ BGHZ 52, S. 86, 91; BGH VersR 1969, S. 694; 1970, S. 613 f.

sei denn, es wird nachgewiesen, daß der Versicherer den verschwiegenen oder nicht angemeldeten Umstand bei Vertragsabschluß kannte oder dieser keinen Einfluß auf das Eintreten des Versicherungsfalls genommen hat. Nach § 544 Abs. 2 tritt die Pflicht des Versicherers nach einem Schadensfall nicht ein, wenn der Versicherte die in § 544 Abs. 1 vorgeschriebenen Pflichten nicht erfüllt und deshalb wesentliche Umstände nicht ermittelt werden können.

Bei der Sachversicherung wird der Versicherer gemäß § 556 Ptk. von seiner Zahlungspflicht befreit, wenn er nachweist, daß der Schaden rechtswidrig a) durch den Versicherten bzw. die Vertragspartei, b) durch einen mit ihnen in einem gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen, c) durch Angestellte bzw. Beauftragte des Versicherten, die einen im Reglement festgelegten Arbeitsbereich ausüben, d) durch die im Reglement festgelegten Mitglieder oder Organe der versicherten juristischen Person vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden ist. Das Reglement kann die Befreiung des Versicherers nur an das Verhalten des Leiters und ferner der Angestellten, Beauftragten, Mitglieder bzw. Organe binden, die einen mit der Verwaltung der versicherten Vermögensgegenstände verbundenen Arbeitsbereich ausüben. (g) Diese Bestimmungen sind auch auf die Verletzung der Pflicht zur Schadensvorbeugung und Schadensminderung anzuwenden.

Aufgrund eines Haftpflichtversicherungsvertrages kann der Versicherte gemäß § 559 Ptk. fordern, daß der Versicherer ihn in der im Vertrag festgelegten Höhe von der Erstattung eines Schadens befreit, für den er laut Rechtsvorschrift haftet. (2) Der Versicherer darf die festgelegte Schadenersatzsumme nur an den Geschädigten auszahlen; der Geschädigte darf jedoch seinen Anspruch nicht direkt gegenüber dem Versicherer geltend machen. Der Versicherte kann nur dann fordern, daß der Versicherer an ihn zahlen soll, wenn er die Forderung des Geschädigten beglichen hat. Den Versicherer befreit dem Geschädigten gegenüber auch kein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten des Versicherten. In den im Vertrag festgelegten Fällen von vorsätzlicher Schädigung und ferner von grober Fahrlässigkeit kann er jedoch vom Versicherten die Erstattung der gezahlten Versicherungssumme fordern, es sei denn, daß der Versicherte nachweist, daß das schädigende Verhalten nicht rechtswidrig war. Ein Vergleich des Versicherten und des Geschädigten ist dem Versicherer gegenüber nur dann gültig, wenn ihn der Versicherer zur Kenntnis genommen hat, und die gerichtliche Verurteilung des Versicherten nur dann, wenn der Versicherer am Prozeß teilgenommen hat, für die Vertretung des Versicherten gesorgt hat oder davon zurückgetreten ist.

1. Die Grenzen zuldssiger Verhaltenserwartungen

Verhaltenserwartungen können nicht schrankenlos formuliert werden, da diese mehr oder weniger stark in den individuellen Persönlichkeitsbereich des Versicherungsnehmers eingreifen. Daher müssen sich auch die auferlegten Verhaltensanforderungen innerhalb bestimmter rechtlicher und tatsächlicher Grenzen halten. Wird vom Versicherungsnehmer ein Verhalten gefordert, das die Grenzen dessen, was von ihm erwartet werden kann, überschreitet, darf ihm dies nicht angelastet werden. In diesem Fall liegt schon tatbestandlich keine Obliegenheitsverletzung vor.

Der Gesetzgeber erwartet vom Versicherungsnehmer nur dann ein bestimmtes Verhalten, wenn dieses in einem gewissen Zusammenhang zu der versicherten Gefahr bzw. den zugrundeliegenden Gefahrenumständen steht. Den rechtlichen Beurteilungsmaßstab zur Bestimmung dieses Zusammenhangs bildet das Merkmal der "Erheblichkeit". Allgemein formuliert folgt daraus, daß das vom Versicherungsnehmer erwartete Verhalten bereits vom Gegenstand des Versicherungsvertrages, nämlich der "versicherten Gefahr" her, auf seine rechtliche Zulässigkeit hin beurteilt wird. Maßstab ist dabei das Merkmal der "Erheblichkeit". Insoweit kann man in diesem Zusammenhang auch von einer "gefahrbezogenen" Grenze zulässiger Verhaltens-erwartungen sprechen.

Auch das Merkmal der Zumutbarkeit, als Mittel zur Beschränkung bestimmter Verhaltenserwartungen, ist dem VVG nicht fremd. Mit dem Begriff der Zumutbarkeit wird ein Maßstab zur Verhaltensbegrenzung eingeführt, der inhaltlich festlegt, was die Rechtsgemeinschaft, hier speziell die Versichertengemeinschaft, dem Versicherungsnehmer in einer bestimmten Situation zumuten kann. Geistiger Pate dieser Vorstellung ist die Erkenntnis, daß die Rechtsgemeinschaft vom einzelnen nichts Unmögliches verlangen darf. Beispielsweise besteht für den Versicherungsnehmer nur dann die Pflicht, bestimmten Verhaltensanforderungen nachzukommen, wenn er die physischen und psychischen Voraussetzungen hierfür besitzt.²⁰⁹ Soweit dies nicht der Fall ist, begehrt er schon aus diesem Grunde keine Obliegenheitsverletzung, weil eine unzumutbare Verhaltensweise von ihm redlicherweise nicht erwartet werden kann. Letztlich handelt es sich also um eine, an den individuellen Verhältnissen orientierte und vom sorgfältig handelnden Versicherungsnehmer ausgehende Wertungsfrage, die alle relevanten aus der Individualsphäre des Versicherungsnehmers stammenden Umstände danach zu beurteilen hat, ob bei deren Berücksichtigung die Erfüllung der Obliegenheit verlangt werden kann. Danach handelt es sich beim Zumutbarkeitsbegriff um einen subjektiven Wertungsmaßstab zur Begrenzung von Verhaltenserwartungen. Schließlich erfahren die Verhaltensanforderungen noch unter dem Gesichtspunkt der Erforderlichkeit Einschränkungen. Danach ist maßgeblich, ob der Versicherer nicht mit einer den Versicherungsnehmer weniger belastenden Verhaltensanforderung das gleiche Ziel erreichen kann. Die konkrete Entscheidungsfindung hat dabei von einer zweckorientierten Betrachtungsweise auszugehen.

Die normierten Verhaltensgrenzen bringen nicht nur den Willen des Gesetzgebers zum Ausdruck, daß Verhaltenserwartungen, sollen sie nicht illusorisch sein, begrenzt werden müssen, sondern auch, daß es notwendig ist, bei einzelnen elementaren Obliegenheiten die genannten Beschränkungen besonders zu betonen. Rechtsdogmatisch ändert dies aber nichts daran, diese Restriktionen lediglich als spezielle positivrechtliche Konkretisierungen des das Versicherungsverhältnis in besonderem Maße prägenden Gebots von Treu und Glauben anzusehen. Dahinter verbirgt sich letztlich der verallgemeinerungsfähige Grundsatz, daß im Versicherungsrecht eine besondere Berücksichtigung von Treu und Glauben geboten, ja notwendig ist, da das Versicherungsverhältnis in besonderem Maße vom gegenseitigen Vertrauen bestimmt wird. Dem Versicherungsvertrag sind nämlich, in weitaus größerem Maße als bei sogenannten normalen Schuldverhältnissen, partnerschaftliche bzw. gemeinschafts-

²⁰⁹ WILKENS: a.a.O., S. 46.

bezogene Elemente immanent. Danach wird sich der Versicherer immer die Frage stellen müssen, ob er redlich handelt, wenn er vom Versicherungsnehmer ein bestimmtes Verhalten verlangt, da er im Rahmen des Zumutbarkeitserfordernisses immer auch die Belange des Versicherungsnehmers im Auge haben muß.²¹⁰ Gleichwohl darf der Umstand, daß das Versicherungsverhältnis in besonderer Weise vom Gebot gegenseitiger Rücksichtnahme beeinflusst wird, nicht dazu führen, die Bedeutung des Gebots von Treu und Glauben im Versicherungsrecht vergleichbar der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht des Gesellschafters aufzuwerten und damit zu einer umfassenden Treuepflicht hochzustilisieren. Der Grundsatz von Treu und Glauben kann daher im Versicherungsrecht nur bedeuten, unter besonderer Rücksichtnahme auf die schützenswerten Interessen des Vertragspartners zu handeln. Diese Rücksichtnahme erfordert es auch, vom Versicherungsnehmer nur dann ein bestimmtes Verhalten zu verlangen, soweit dies im konkreten Einzelfall für die versicherte Gefahr erheblich, die zweckorientierte Realisierung des Versicherungsverhältnisses erforderlich und dem Versicherungsnehmer auch zumutbar ist.

2. Die Rechtsnatur versicherungsrechtlicher Obliegenheiten

Der Streit um die Rechtsnatur der Obliegenheiten setzt sich im wesentlichen mit der Frage auseinander, ob unter dem Begriff der Obliegenheiten echte Rechtspflichten oder lediglich sonstige Verhaltensanforderungen zu verstehen sind. Dieser Streit ist nicht bloß von rechtstheoretischer Bedeutung, sondern mit rechtlichen Konsequenzen, insbesondere für das Problem der Haftung des Versicherungsnehmers für Dritte, verbunden. Die in § 278 BGB getroffene Regelung kann nämlich unmittelbar nur dann zur Anwendung kommen, wenn es sich bei den versicherungsrechtlichen Obliegenheiten um Pflichten handelt. Nur dann könnte davon gesprochen werden, daß der Versicherungsnehmer dem Versicherer deren Beachtung "schuldet", und nur in diesem Fall wäre es zutreffend zu sagen, daß sich der Versicherungsnehmer zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten gegenüber dem Versicherer eines Erfüllungsgehilfen nach § 278 BGB bedient.

a) Die Voraussetzungstheorie

Die heute noch herrschende Meinung²¹¹ spricht den versicherungsrechtlichen Obliegenheiten den Charakter echter Rechtspflichten ab. Die versicherungsrechtlichen Verhaltensanforderungen werden vielmehr als "zum Vertragsinhalt erhobene Voraussetzung für die Erbringung oder den Umfang der Leistung oder für das sonstige Tun des Versicherers" angesehen.²¹² Das vom Versicherungsnehmer erwartete Verhalten wird somit als Tatbestandsvoraussetzung für die Entstehung oder Erhaltung von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag interpretiert.²¹³ Eine Verpflichtung des Versicherungsnehmers zu diesem Verhalten soll danach also nicht bestehen. Diese Ansicht ist im wesentlichen auf die Vorstellung zurückzuführen, daß es sich bei den

²¹⁰ RGZ 169, S. 24, 30 ff.

²¹¹ BRUCK: a.a.O., S. 284; SIEG: *Allgemeines Versicherungsvertragsrecht*, S. 102 und andere.

²¹² BRUCK: a.a.O., S. 284; BRUCK/MÖLLER: a.a.O., § 6 Anm. 10 VVG.

²¹³ STAUDINGER: a.a.O., Einl. zu § 241 ff., Rdnr. 240 ff.

versicherungsrechtlichen Obliegenheiten um nicht erzwingbare Verhaltensanforderungen handelt, deren Verletzung somit auch keine sekundären Verpflichtungen, wie beispielsweise Schadensersatzansprüche, auslösen könne.²¹⁴ Dies sei aber bei Rechtspflichten regelmäßig der Fall.

Der Verhaltensverstoß soll für den Verhaltensadressaten lediglich mit dem Verlust ihm günstiger Rechtspositionen verbunden sein. Die Rechtfertigung hierfür wird aus einer Interessenanalyse abgeleitet, nach der die Erfüllung einer Obliegenheit im ureigensten Interesse des Versicherten liege²¹⁵, zumal die Nichterfüllung für ihn mit dem Nachteil verbunden ist, die Deckung aus dem Versicherungsvertrag zu verlieren, was dann zur Leistungsfreiheit des Versicherers führt.

Da somit Obliegenheitsverstöße lediglich zu Rechtsnachteilen beim Versicherungsnehmer führen, wird die Erfüllung der Obliegenheiten als Voraussetzung zur Erhaltung des Versicherungsanspruches angesehen.

b) Die sogenannte Rechtszwangtheorie

Diese Theorie, die von R. Schmidt²¹⁶ entwickelt wurde, verdient schon deshalb eine besondere Beachtung, weil der Autor darum bemüht war, den Begriff der Obliegenheiten auf allgemein zivilrechtlicher Basis darzustellen, ihn also aus seiner versicherungsrechtlichen Einbindung herauszulösen. Vom Regelungsinhalt her qualifiziert R. Schmidt die Obliegenheiten als Verhaltensnormen, die im Gegensatz zu den echten Rechtspflichten lediglich als Pflichten im weiteren Sinne anzusehen sind.²¹⁷ Grund hierfür soll deren verminderte Zwangsintensität sein, da diese Verhaltensanforderungen weder einklagbar sind noch bei deren Verletzung ein Anspruch auf Schadensersatz besteht. Regelungen, die für den Fall eines bestimmten Fehlverhaltens rechtliche Nachteile androhen, bezeichnet R. Schmidt dabei als sogenannte Nötigungstatbestände, da sie einen gewissen Druck auf das Verhalten einer Person ausüben, wenn diese gewisse Nachteile für sich vermeiden will. Innerhalb dieser Nötigungstatbestände unterscheidet er zwischen zwei Gruppen: Zum einen soll es Normen geben, bei denen die Nötigung allein durch die logisch-kausale Verknüpfung von Tatbestand und Rechtsfolge ausgeübt wird, wie das beispielsweise bei Prozeßlasten und der Verjährung der Fall ist. Das Ziel der maßgeblichen Norm besteht hier nicht darin, denjenigen, dem der Nachteil droht, zu einem bestimmten Verhalten zu veranlassen. Vielmehr erschöpft sich hier der Zwang lediglich in einer bloß psychischen Nötigungswirkung.²¹⁸ Hier wird dann von einem sogenannten funktionalen Nötigungstatbestand²¹⁹ gesprochen. Andererseits soll es aber auch solche Nötigungstatbestände geben, die über diese bloß funktionelle Verknüpfung hinaus die Herbeiführung eines bestimmten Verhaltens zum Ziel haben. Dieser Zweckrichtung entsprechend spricht R. Schmidt dann von sogenannten teleologischen Nötigungstat-

²¹⁴ THEDA, WERNER: *Die vertraglich vereinbarten Obliegenheiten in der Kraftfahrthaftpflichtversicherung*, in: MDR 1970, S. 474 ff., 476 m.w.N.; EICHLER: a.a.O., S. 41 m.w.N.

²¹⁵ BISCHOFF: a.a.O., S. 799, 801; WERTH: a.a.O., S. 4 f.

²¹⁶ SCHMIDT, REINER: *Die Obliegenheiten*, 1953, S. 312–321.

²¹⁷ SCHIRMER, HELMUT: *Zur Vereinbarung von Obliegenheiten zu Lasten Dritter insbesondere in Verträgen zu ihren Gunsten*, in: Festschrift für R. Schmidt, 1976, S. 821, 843.

²¹⁸ SCHMIDT: *Obliegenheiten*, S. 76 ff, 313.

²¹⁹ SCHMIDT: *Obliegenheiten*, S. 313.

beständen. Dabei sollen teleologische Nötigungstatbestände mit größerer Zwangswirkung die Qualität von Verbindlichkeiten mit voller Pflichtenstellung und solche mit schwächerer Zwangswirkung die Qualität von Pflichten mit minderer Zwangsintensität haben. In den versicherungsrechtlichen Obliegenheiten sieht er Pflichten mit minderer Zwangsintensität.²²⁰ Welcher Gruppe ein bestimmter Nötigungstatbestand zugeordnet werden könne, soll einmal aus der Formulierung des Tatbestandes und zum anderen aus der Beurteilung der Interessenlage folgen. Soweit ein Nötigungstatbestand sowohl im Interesse des Gläubigers wie auch im Interesse des Schuldners liege, könne nur von einer Obliegenheit ausgegangen werden.²²¹

c) Die Verbindlichkeitstheorie

Die Vertreter der Verbindlichkeitstheorie²²² sehen in den versicherungsrechtlichen Obliegenheiten echte Rechtspflichten, die sich von anderen zivilrechtlichen Verpflichtungen nicht wesentlich, jedenfalls was die strukturellen Mindestanforderungen an eine Rechtspflicht angeht, unterscheiden. Folglich ist für diese Ansicht die Erfüllung dieser Obliegenheiten auch grundsätzlich selbständig einklagbar. Darüber hinaus soll bei Nichterfüllung einer versicherungsrechtlich geforderten Verhaltensweise sogar ein Schadensersatzanspruch des Versicherers entstehen, wenngleich eingeräumt wird, daß ein Erfüllungszwang oder ein Schadensersatzverlangen häufig unzweckmäßig, ja sogar geschäftspolitisch verfehlt sein kann.²²³ Die rechtliche Begründung dieser Auffassung wird einerseits auf den erkennbaren Willen des Gesetzgebers des VVG sowie den darauf beruhenden Wortlaut der gesetzlichen Regelung gestützt. So spricht die Begründung zum VVG²²⁴ von der Pflicht zur Prämienzahlung als einer der wichtigsten "Obliegenheiten", was als Indiz dafür gesehen wird, daß der Gesetzgeber des VVG die Worte Pflicht und Obliegenheit als inhaltlich übereinstimmende Begriffe angesehen hat. Sprachlich formal wird dies damit begründet, daß der Gesetzgeber den Begriff "Obliegenheit" lediglich als sprachliche Abwandlung des Begriffs der "obligatio" benutzen wollte. In materiell-rechtlicher Hinsicht soll der besagte gesetzgeberische Wille durch die Art und Weise der getroffenen sprachlichen Formulierungen der jeweiligen Verhaltensanforderungen zum Ausdruck kommen. Schließlich wird von den Vertretern der Verbindlichkeitstheorie noch darauf hingewiesen, daß für die Beurteilung der Rechtsnatur der Obliegenheiten die Frage der Einklagbarkeit sowie des Schadensersatzes nicht wesensimmanent ist, da es auch Verbindlichkeiten gibt, die nicht einklagbar sind, wie die selbständigen Nebenpflichten zeigen²²⁵, deren Verletzung aber dennoch zu einem Schadensersatz führen kann.

²²⁰ SCHMIDT: *Obliegenheiten*, S. 302.

²²¹ SCHMIDT: *Obliegenheiten*, S. 314 ff.

²²² PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 4 VVG; EHRENZWEIG: a.a.O., S. 147 ff.; RITTER-ABRAHAM: a.a.O., S. 38 ff.

²²³ EHRENZWEIG: a.a.O., S. 147 f.

²²⁴ Amtliche Begründung zum VVG, S. 26, 46 ff, 71; auch die Motive zum Entwurf eines Versicherungsvertragsgesetzes, S. 80, sprechen von "obligierenden Pflichten".

²²⁵ Vgl. PRÖLSS/MARTIN: a.a.O., § 6 Anm. 4 VVG.

d) Stellungnahme

Ein wesentlicher, wenn nicht der Hauptgrund der kontrovers geführten Diskussion wird von der Vorstellung beeinflusst, daß sich hinter dem Begriff der versicherungsrechtlichen "Obliegenheiten" etwas Besonderes verbergen muß. Hätte der Gesetzgeber mit dem versicherungsrechtlichen Obliegenheitsbegriff aber ein inhaltlich neues, neben der Kategorie der Rechtspflichten stehendes Rechtsinstitut schaffen wollen, dann hätte er dies aus Gründen der Rechtssicherheit und -klarheit eindeutiger zum Ausdruck bringen müssen, zumal bei der Normeninterpretation anerkanntermaßen auf den objektivierten Willen des Gesetzgebers abzustellen ist.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, daß es sich bei den privatversicherungsrechtlichen Obliegenheiten um echte Rechtspflichten handelt, bei denen die Einklagbarkeit nicht von vornherein – das Interesse des Versicherers ist im Einzelfall maßgebend – rechtlich ausgeschlossen erscheint. Die Art der Verletzungsfolgen kann kein rechtserhebliches Kriterium für die Bestimmung der Rechtsnatur der versicherungsrechtlichen Obliegenheiten sein, da Rechtsfolgenregelungen strukturell und funktionell den Besonderheiten des zu regelnden Rechtsverhältnisses, hier also dem Versicherungsverhältnis, Rechnung tragen müssen. Daß der Verlust des Versicherungsschutzes den Versicherungsnehmer zumindest genauso hart, wenn nicht gar härter trifft als ein Erfüllungszwang oder ein entsprechender Schadensersatzanspruch, läßt die Folgerung zu, in der Leistungsbefreiung nicht von vornherein eine Rechtsfolge von minderer Zwangsintensität zu sehen. Nach alledem spricht mehr für als gegen das Vorliegen echter Rechtspflichten.

HANS-GEORG GÜNTHER

A KÖTELEZETTSÉG RENDJE A MAGÁNBIZTOSÍTÁSI JOGBAN

(Összefoglalás)

A tanulmány német szerzője rendkívül részletes áttekintést nyújt a magánbiztosítás jogi feltételrendszeréről, figyelemmel elsősorban a hatályos német jog megoldásaira. Napjainkban mindinkább aktuális téma kifejtésére vállalkozott a munka, hiszen ismert jelenség, hogy Európa lakossága mindinkább előrepszik demográfiai értelemben, a magas életszínvonalat nyugdíjas korban és korlátozott élethelyzetekben is biztosító pénzügyi rendszerek, elsősorban az állami nyugdíjalapok mind kevésbé képesek eleget tenni az elvárásoknak. Európában is felértékelődik tehát mindinkább az amerikai típusú magánbiztosítási rendszer, amelynek lényege, hogy az aktív életkorban befizetett céltartalékok önálló pénzügyi életet élnek, és tőkésítve olyan hozadékot termelnek, ami a nyugdíjas életkor elérése után élvezhető. E rendszer megvalósítása nagyon komplex jogi kérdéseket vet fel, s a dolgozat ezek feltárását végzi el, dogmatikai igényességgel.

A tanulmányban szó esik a biztosítási helyzetek általános elemzéséről, valamennyi szóba jöhető rendszertani szempont figyelembe vételével. Kiemelten szól a szerző az elképzelhető jogsértések esettípusairól és a szankcionálás nagyon fontos problematikájáról, azok leglényegesebb fajtáiról. Rövidebben, de olvashatunk a magánbiztosítási kötelmekkel kapcsolatos elméletekről is.

A dolgozat komparatív megközelítést alkalmaz, és főbb vonásaiban bemutatja a részletesen elemzett német modell mellett a magyar jogi szabályozás legfontosabb elemeit és jogintézményeit is.

